Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 4250 M., durch die Post 6500 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschf. i. b. Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle. Verkaufspreis 14 Tage: 1045 1047 2251 Schriftleitung: Sprechstd. 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 130 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 M. für Reklame, unsichl. an den dreigespaltenen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Amt Krab. Halle

Einzelpreis 180 Mark | **Sonnabend, den 14. April 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 87**

„Stahlhelm" schießt auf Arbeiter

Die „Fahnenweihe" in Roßbach eine bewaffnete Demonstration

Seitdem das Verbot des „Stahlhelm" im Interesse der „nationalen Einheitsfront" aufgehoben worden ist und noch vielmehr seit dem Verbot der „Deutsch-völkischen Freiheitspartei" betont die Leitung dieser Faszistenarmee in öffentlichen Erklärungen, daß der „Stahlhelm" kein anderes Ziel habe, als die Regierung Cuno zu schützen (eine feine Empfehlung für Cuno), und daß er keine Waffen habe. Auf Grund dieser Erklärungen, die den „Stahlhelm" als eine harmlose Vereinigung von Frontsoldaten hinstellt, die nichts anderes wollen als Kriegserinnerungen zu pflegen, sahen sich sozialdemokratische Regierungsmänner veranlaßt, dieser Mörderorganisation jeden Schutz des Staates angedeihen zu lassen.

Schon oft hat die Kommunistische Presse darauf hingewiesen, daß der „Stahlhelm" eine für den Bestand der Republik ebenso gefährliche Organisation ist wie die anderen faszistischen Organisationen der Hitler, Roßbach usw. Jetzt wird der „Stahlhelm" zum Sammelplatz aller umstürzlerischen Elemente, trotz der kleinen Meinungsverschiedenheit zwischen den Deutsch-völkischen und dem „Stahlhelm". Immer mehr wächst er sich zu einer Gefahr für das Proletariat aus, immer frecher und offener tritt er mit seinen geheimen Zielen hervor.

Es ist durchaus kein Zufall, wenn gerade in der Zeit, in der eine monarchistische Verschwörung gegen die Republik nach der anderen aufgedeckt wird, der „harmlose" „Stahlhelm" immer aktiver hervortritt und eine Fahnenweihe nach der anderen abhält. Daß er dabei den besonderen Schutz der Sozialdemokraten Runge und Bergemann genießt, zeigt eben nur die Unfähigkeit dieser Herren, Arbeiterinteressen wahrzunehmen zu können.

Am vorigen Sonntag hielt der „Stahlhelm" in Roßbach eine „Fahnenweihe" ab. Wir wiesen sofort auf den konterrevolutionären monarchistischen Charakter dieser Veranstaltung hin. Es war ein Aufmarsch der bewaffneten Stahlhelmbanden, die alles andere im Schilde führen, nur nicht den Schutz der Republik. Wie überall, wo dieses Gesindel in Scharen zusammenkommt, so haben sie auch in Roßbach Proletarier verprügelt und sogar auf sie geschossen.

Aus den uns zugegangenen Meldungen können wir ein abschließendes Bild über die Vorgänge in Roßbach geben.

Als sich am Vormittag der Aufmarsch vollzog, trafen die aus dem ganzen Bezirk zusammengezogenen „Stahlhelm"-Truppen verschiedentlich auf Trupps der kommunistischen und sozialdemokratischen Jugend, die auf Ausflügen waren. Ueberall, wo Stahlhelmbanden auf wandernde jugendliche Arbeiter stießen, wurden die Jugendlichen mit Gummiknüppeln und Schlagringen gepriegelt und die Wimpel und Banner fortgenommen und vernichtet. Ein ernster Zusammenstoß ereignete sich zwischen Braunsdorf und Neumark. Ein Trupp Jugendlicher hatte vorher einigen Stahlhelmbanditen Waffen, darunter auch Pistolen, abgenommen. Nach kurzer Zeit kam ein mit einem Sturmtrupp besetztes Auto heran und versuchte, die Waffen zurückzubekommen. Einige Arbeiter wurden von den mit Pistolen bewaffneten Stahlhelmern furchtbar verprügelt, während es einigen anderen gelang, die Stahlhelmleute mit den ihnen abgenommenen Waffen in die Flucht zu schlagen. Zwei jugendliche Arbeiter, die allein ihres Weges gingen, wurden von einer Bande verschleppt und derartig verprügelt, daß sie arbeitsunfähig waren. Der Arbeiterjugend aus Mücheln wurde der Wimpel fortgenommen und vernichtet. Beobachtet wurde ferner, daß eine schwarzrotgoldene Fahne von diesen Banden ebenfalls vernichtet wurde. Ein jugendlicher Arbeiter aus Möckerling wurde so lange geschlagen, bis er bewußtlos war, und dann vor ein Auto geworfen. Mädels wurden am Halse gewürgt. Ein Arbeiter aus Grumba wurde auf dem Nachhausewege von Mücheln von zwei Stahlhelmern angerempelt. Nachdem er sich in anständiger Form diese Belästigungen verbeten hatte, drangen sie auf ihn ein. Während er einen in den Graben warf, schoß der andere, der Steiger Schröder von der Grube „Pauline" auf ihn und verwundete ihn an der Schulter. Kurze Zeit darauf kam eine ganze mit Pistolen bewaffnete Meute und schlugen auf den Verwundeten ein und drohten ihm mit Aufhängen. Alsdann wollten sie ihn als Geisel mit nach den Anhaltischen Kohlenwerken nehmen. Die Mißhandlungen hörten auch nicht auf, als der Landjäger und ein Kriminalbeamter hinzukamen, die sich sofortstande erklärten, den Verwundeten vor den Mißhandlungen zu schützen. Ein hinzukommender Arbeiter bekam in Gegenwart des Landjägers mit einem Gummiknüppel einen Schlag auf den Kopf, daß er hinfiel. Der Landjäger stellte fest, daß diese bewaffnete Bande durchweg mit Waffenscheinen versehen war!

Die Gruben des Geiseltales werden immer mehr zu einer Zufluchtsstätte des reaktionären Gesindels gemacht. Die Behörden sind blind gegen diese sich dort zusammenballende Gefahr. Nach ihrer Ansicht handelt es sich bei diesem Gesindel um harmlose Werkstudenten. Unbelästigt kann das Mördergesindel sich dort austoben. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die kapitalistischen Unternehmer immer anmaßender auftreten.

Der Direktor Schlüter von der Grube „Cäcilie" scheint auch zu diesem Menschenschlag zu gehören. Ein Betriebsratsmitglied war ihm schon lange ein Dorn im Auge. Jetzt wollte er den Zusammenstoß in Mücheln benutzen um ihn kurzlos aus der Arbeit zu entlassen. Er soll geschossen haben! Offen sprach dieser Direktor aus, daß der „Stahlhelm" Waffen hat. Der Steiger Schröder, der einen Mordanschlag auf einen Arbeiter unternahm und trotzdem heute noch frei herumläuft, drohte der Arbeiterschaft: **Mit Euch Arbeiterpack werden wir noch abrechnen.**

Es steht fest, daß der „Stahlhelm" eine bewaffnete Organisation ist. Zeugen sind dafür genügend vorhanden. Der Direktor Schlüter hat es selbst bestätigt.

Es steht fest, daß die Behörden durch Ausgabe von Waffenscheinen dem „Stahlhelm" die legale Bewaffnung ermöglichen.

Es steht fest, daß die Gruben des Geiseltales ein Hort der Faszisten werden und daß die dort untergebrachten „Werkstudenten" zum großen Teil der bewaffneten Mordorganisation der Stahlhelmer angehören.

Es steht fest, daß der „Stahlhelm" sich ebenfalls wie die Deutschvölkischen und die Hitlerbanden nicht gegen den äußeren, sondern gegen den „inneren Feind" wenden.

Den Behörden ist das Treiben dieser Banditen wohlauf bekannt, aber es fällt ihnen nicht ein, gegen die bewaffneten Banden einzuschreiten! Im Gegenteil! Sie schützen und fördern die Stahlhelmbanden, wie das erst vor kurzem bei der Maerkerversammlung in Halle geschah.

Doch wir **fragen die Sozialdemokraten Hörsing, Bergemann und Runge:** Was werdet Ihr tun, wenn die Arbeiter sich selbst gegen diese Wegelagerer schützen, wenn sie die Republik gegen diese politischen Strauchritter verteidigen? Die Antwort haben diese wohlweisen Regierungsraben bereits am vorigen Sonntag gegeben, als sie zum Schutz der Stahlhelmversammlung eine Hundertschaft Sipo nach Delitzsch schickten!

Die Arbeiter wissen, welche Lehre sie daraus zu ziehen haben. Die Reaktion sammelt ihre Mannen im „Stahlhelm" — Bund der Frontsoldaten. Die Arbeiter müssen ihre Frontsoldaten in proletarischen Hundertschaften sammeln. Den bewaffneten Banden der Nationalisten und Kapitalisten muß die Arbeiterschaft zu ihrem eigenen Schutz die proletarischen Hundertschaften entgegenstellen. Ein zweites Roßbach darf den faszistischen Mordbanden in unserem Bezirk nicht gelingen.

Nansen über Sowjet-Rußland

Das „moralische Recht" des Bolschewismus

Nansen, der hervorragende Wissenschaftler, eine der wenigen ehrlichen bürgerlichen Faszisten und Menschenfreunde, der sich um die Hungerhilfsaktion in Sowjet-Rußland und durch unbefangene, objektive Beurteilung der russischen Revolution verdient gemacht, veröffentlicht in der „Voß. Ztg." eine Artikelreihe, der wir folgende Stellen entnehmen. Bei der Bewertung dieser Urteile muß vor Augen gehalten werden, daß Nansen kein Kommunist, sondern ein bürgerlicher Patriot ist. Seine ehrliche Bemühung jedoch, die russische Revolution zu begreifen, macht sein Urteil auch für uns wertvoll und interessant. Freilich können wir weder seine politische Stellungnahme, noch seine Kritik an der Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands teilen. Die folgenden Auszüge eines anderangenen bürgerlichen Zeugen dürften aber viele sozialdemokratische Bolschewikenfresser wahrlich beschämen.

Ob man mit den jetzigen Herrschern Rußlands verschiedener Ansicht ist oder nicht, muß man auf jeden Fall zugeben, daß die Art und Weise, in der die russischen Bedingungen im allgemeinen in einem großen Teil der westeuropäischen Presse besprochen werden, ein geringes Verständnis oder, was noch schlimmer ist, kaum den Wunsch nach Verstehen verrät.

Wenn man sich bemüht, sich eine objektive Meinung über die Ereignisse in Rußland zu bilden, so müßte man eigentlich in allerersteer Linie sich zuverlässige Informationen verschaffen und sich nicht auf leere Gerüchte beschränken. Außerdem dürfte man nicht vergessen, daß die jetzige Verwaltung auf einer Revolution begründet ist und daß die revolutionären Methoden in den meisten Ländern weniger milde zu sein pflegen als die Methoden gewöhnlicher Friedenszeit. Man mag vielleicht aus guten Gründen alle Revolutionen verurteilen, weil sie eine unzuverlässige und zu kostspielige Methode zur Durchführung von Reformationen darstellen. Aber wir sollten doch daran denken, daß die gegenwärtige Organisation des Gemeinwesens in sehr zahlreichen Staaten Europas — in Frankreich, Deutschland, Italien, Ungarn, Portugal und Griechenland, um nur ein paar zu nennen — auf Revolutionen aufgebaut gewesen ist. Und wenn wir einmal die moralische Berechtigung von Revolutionen zugeben — nicht zuletzt in Rußland, wo das Volk tatsächlich keine politische Freiheit besaß — so wäre es wohl etwas willkürlich, zu behaupten, daß einige Revolutionen, wie z. B. die des Jahres 1905 oder die Duma-Revolution im März 1917, mit Kerenski als dem späteren Führer, entschuldbar seien, weil man mit diesen Leuten mehr oder weniger übereinstimmte, während die Bolschewiki-Revolution ein von Banditen und Mördern begangenes Verbrechen sei, das jegliche Verständigung ausschließe ...

Es ist gesagt worden, daß die jetzige Regierung Rußlands eine Oligarchie ist, die nur eine einzige Klasse repräsentiert. Aber die alte Regierung war sicherlich in viel höherem Maße eine Oligarchie, die einen noch viel kleineren Teil des russischen Volkes vertrat. Und sicherlich war die Unterdrückung der anderen Klassen gerade so schlimm, wie in diesen Tagen, nur daß jahrhundertelange Uebung sie daran gewöhnt hatte. Dieser Unterschied dürfte auch nicht vergessen werden.

Während die früher herrschenden Klassen sich für nichts zu rächen hatten — denn sie hatten immer die Oberhand gehabt —, hat die jetzt herrschende Klasse vieles zu rächen, was sie durch Unterdrückung und teilweise auch durch Erpressung während einer langen Zeitspanne erlitten hatte.

... Ich denke, man sollte sich an alles dieses erinnern, bevor man ein Urteil über die jetzigen Vorgänge in Rußland fällt. Wenn jemals so erfüllt sich hier der alte Satz „tout compendre, c'est tout pardonner" (alles begreifen, heißt alles verzeihen).

Wenn die westeuropäische Presse in ihrem berechtigten Bestreben, die allein reitende Lehre zu verkünden, sich so moralisch entrüstet über den russischen Bolschewismus äußert, den sie als eine giftige und zerstörende soziale Pest ansieht, die durch Bosheit erzeugt und durch verbrecherische Raubsucht und Klassenhaß genährt ist, so ist es nur gerecht, darauf hinzuweisen, daß wir kein Recht haben, irgendeine Organisation der Allgemeinheit als die allein gute und vollkommene zu bezeichnen, ebensowenig wie wir die Organisation anderer einen vollkommenen Fehlschlag nennen dürfen. Keine ist ganz ohne gute Seiten. Die Frage ist nur, welche die meisten hat.

Es scheint mir, daß der Kern der bolschewistischen Lehre jedenfalls zuerst die Sicherung werktätiger Arbeit war, als des einzigen Faktors, der einen guten Platz in der Allgemeinheit rechtfertigte und das Recht gab, die Vorteile der Allgemeinheit zu genießen. Jeder Vorteil durch Geburt oder Erbschaft wurde bestritten.

Denn Arbeit ist notwendig auf jeden Fall in diesen Breitegraden, um aus dem Boden herauszuholen, was für das Leben gebraucht wird. Es ist daher notwendigerweise ungerechtfertigt, daß einzelne Personen ohne Arbeit als Parasiten der Allgemeinheit leben dürfen, während andere viel zu viel arbeiten müssen. Diese unangemessene Verteilung war besonders auffällig in Rußland.

Zweifellos gab es früher eine gewisse Neigung, auf Arbeit, und besonders auf Handarbeit, als etwas Minderwertiges, das sich nur für eine niedere Klasse schickte, herabzusehen. Es ist nicht unnatürlich, daß diese soziale Anschauung eine heftige Reaktion hervorrief, sobald die Arbeiter die Möglichkeit dazu hatten und daß sie die Arbeit hauptsächlich als Handarbeit auffaßten ist ebenfalls verständlich. Das russische Volk mußte jetzt dazu erzogen werden, die Arbeit überhaupt im vollen Sinne des Wortes zu respektieren.

Ein Ergebnis dieser Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Arbeit war die Einrichtung, daß die Aufgaben der Gemeinden von

Die Ruhraktion wird fortgesetzt

Verschärfung des Drucks — Beschleunigung des Kohlenraubs

Paris, 13. April.

Nach Schluß der Sitzung der französisch-belgischen Konferenz am Quai d'Orsay wurde folgende amtliche Mitteilung der Presse übermittelt: Die belgische und die französische Regierung sind in gleicher Weise entschlossen, ihre Aktion im Ruhrgebiet fortzusetzen, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbar Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen. Beide Mächte haben eine ganze Reihe neuer Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihren Druck zu verstärken und ihn so lange fortzusetzen, wie es nötig sein wird. Sie haben außerdem eine Anzahl von Beschlüssen gefaßt, um die Abfuhr von Kohle und Koks zu beschleunigen, den Eingang der Kohlensteuer sicherzustellen und den Betrieb der Eisenbahnen immer mehr zu verbessern. Sie werden morgen vormittag wieder zusammentreten, um namentlich die Fragen über die Buchführung der internalisierten Dienstbahnen, die Verwendung des Ertrags der Pfänder, der Geldstrafen und der Kapitalbeschlagnahmungen sowie der Sachlieferungen usw. zu prüfen.

Reparationsvorschläge

Die VSPD. bei Poincaré abgeblitzt

Das offiziöse Organ der Poincaré-Regierung, der „Temps", behandelt am 11. d. M. in seinem Leitartikel die Reparationsvorschläge des „Vorwärts", „der Sozialisten, die demnächst die deutsche Reichsregierung bilden könnten", und schreibt: „Um das Reparationsproblem friedlich zu lösen, stellt der „Vorwärts" drei Bedingungen: 1. sollen die Vertreter Deutschlands zu den Verhandlungen als gleichberechtigte Partner zugelassen werden. Dieses Verlangen kann nur eines bedeuten. Es will sagen, daß Deutschland weder durch die Bestimmungen des Vertrages noch durch die Zahlungsbestimmungen als gebunden betrachtet werden soll. 2. fordert der „Vorwärts", daß man sich der finanziellen Unterstützung Amerikas sichere, und meint, daß diese Unterstützung solange nicht erreichbar ist, bis das deutsche Volk das Gefühl hat, daß man von ihm Unmögliches verlangt. Schließlich erklärt der „Vorwärts", daß vor allem die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen sei und daß diese zweifellos nicht die Summe von 50 Milliarden Goldmark erreichen wird. Die Höhe der deutschen Schulden soll also nicht mehr von den Rechten der Alliierten, sondern einfach von der guten Laune Deutschlands abhängen. Das ist also heute ihre Plattform zum Verhandeln.

Der „Vorwärts" scheint sich vergebens um die Gunst Poincarés zu bewerben. **Trotz aller Unterwürfigkeit und seiner Haltung als loyaler Regierungsprätendent** konnte er sich die Zustimmung Poincarés bisher nicht verschaffen.

Starke Zunahme der Partei und Presse in Dortmund

Bei der Agitation für die Partei und Presse am letzten Sonntag wurden in Dortmund 227 neue Parteimitglieder und 408 neue Abonnenten für die Parteipresse geworben. Die Zunahme beweist, daß die Kommunistische Partei im Ruhrgebiet große Sympathie hat.

Dieser Erfolg unserer Dortmunder Genossen muß ein Ansporn für unsere Genossen im Bezirk sein. Wie im Ruhrgebiet, so hat auch in unserem Bezirk die Kommunistische Partei starke Sympathie. Die mit uns Sympathisierenden müssen von der Partei durch zielbewußte Kleinarbeit organisatorisch erfaßt werden. Deshalb, Genossen, den morgigen Sonntag zu einer erfolgreichen Werbearbeit noch ausgenutzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230414-10/fragment/page=0001

lokalen Sowjets erledigt werden sollten, von Räten, die aus Vertretern der verschiedenen werktätigen Klassen zusammengesetzt waren. Angesichts des oben Gesagten war es natürlich genug, daß der Handarbeiter, das Arbeitsproletariat, den Schwerpunkt bildete, während die Anerkennung des Wertes der Geistesarbeit weniger klar war. Es war eine nicht ohne weiteres unvernünftige Reaktion gegen die frühere Tyrannei der sogenannten oberen Klassen. Man wünschte nur, der neuen Richtung Nachdruck zu verleihen und das führte zu dem Schlagwort von der „Diktatur des Proletariats".

Aber nicht nur die sogenannten Intellektuellen, die hauptsächlich die Oberklassen ausmachten, sondern auch das Kapital wurde entwertet. Man meinte, daß Kapital, welches aufgespeicherte Arbeit darstellen sollte, eine unmoralische Wirkung ausübt, weil es seinen Besitzern Vorteile gewährt, die unfair und der Allgemeinheit schädlich seien. Wir haben hier die hervorstechende Ungerechtigkeit, daß durch die Anhäufung von Reichtum durch die Arbeit eines Mannes oder sogar durch eine einzige glückliche Spekulation nicht nur dieser Mann und seine Familie, sondern auch seine Kinder und sogar die Nachkommen in verschiedenen Generationen ohne Arbeit leben können, als Parasiten der Allgemeinheit, während andere für sie arbeiten. Spekulation ist besonders unmoralisch, weil sie darauf berechnet ist, sich aus der Arbeit anderer Leute ohne eigene Arbeit Vorteile zu sichern. Und sie ist noch schlimmer, wenn die Parasiten die Früchte der Arbeit anderer Leute außerhalb des eigenen Landes vergeuden.

Ein heftiger Protest seitens der unteren Schichten gegen diese Widersinnigkeit ist leicht zu verstehen.

Der Angriff zielte auch auf das Eigentumsrecht an sich hin. Durch den Besitz von Eigentum und noch mehr durch dessen Verleihung konnte man leben, ohne zu arbeiten. Deswegen wurden alle Häuser, Wälder, Landbesitz, Bergwerke, überhaupt alles Eigentum nationalisiert.

Auch der freie Handel mußte abgeschafft werden. Er hatte eine Klasse von Zwischenhändlern geschaffen, die als überflüssig angesehen wurden. Die Läden wurden geschlossen, aller Handel, außer in bestimmten Produkten, wurde verboten. Die notwendigen Lebensmittel sollten durch den Staat verteilt werden.

Französische Soldaten gegen die Essener Mordtat

Die „Humanité" vom 10. d. M. veröffentlicht den Brief einer Soldatengruppe aus dem Ruhrgebiet. Er ist vom Geist wahrhaft internationaler Solidarität erfüllt und verdient, in seinen wesentlichen Teilen der internationalen Arbeiterschaft bekanntgemacht zu werden:

„Wir lesen in der „Humanité", daß Soldaten französischer Garnisonen ihre mageren Pfennige zusammengelegt haben, um den zähe und heldenhaft kämpfenden Bergarbeitern des Mosellgebietes, die gegen das verräterische Hüttenkomitee kämpfen, zu helfen. Um alle unsere Kameraden zur Befolgung dieses Beispiels aufzumuntern, schicken wir Euch, wir Soldaten der Okkupationstruppen, beiliegende Summe als Ergebnis einer Sammlung in unserem Lager. Auch wir sind Arbeiter und Bauern. Wir waren es, bevor man uns die Uniform aufzwang, und wir werden es wieder sein. Wir können also gegenüber dem Schicksal unserer Kameraden in den Betrieben nicht gleichgültig sein, und indem wir ihnen helfen, erfüllen wir nur unsere Pflicht.

Wir bitten Euch, falls Ihr unseren Brief veröffentlicht, hinzuzufügen, daß unsere Tat eine doppelte Bedeutung haben soll: die Unterstützung der französischen Arbeiter in ihrem Kampfe gegen die Internehmerraubgier und ein Protest aus allen unseren Kräften gegen die Hinmordung deutscher Arbeiter in Essen.

Es gibt schon viele Soldaten bei uns, die bereits zu sehen beginnen, zu welchen Niederträchtigkeiten und Banditenunternehmungen sie mißbraucht werden sollen. Sie wollen keine Mitschuldigen der Mörderführer werden. Es wird ihnen nicht gelingen, mit uns den Schlag von Essen wiederholen zu lassen. Wir sind da mehrere Hunderte nur hier in unserer Garnison, die Euch das schwören können."

Mit blanker Waffe gegen Arbeitslose und Kurzarbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Solingen, 14. April.

Einige tausend Arbeitslose und Kurzarbeiter haben am 12. April vor dem Duisburger Rathaus für ihre Forderungen demonstriert. Auf dem Rathausplatz stießen sie auf Polizeitrupps. Das ganze Rathaus war von mehreren hundert Blauen und Grünen umstellt. Das provokatorische Verhalten erbitterte die Demonstranten aufs äußerste. Eine Delegation der Demonstranten begab sich ins Rathaus, um ihre Forderungen vorzutragen. Die Forderungen wurden abgelehnt. Nach Verweigerung sollten die Demonstranten über den Rathausplatz nach Hause ziehen. Als die ersten des Zuges die Mitte des Platzes erreicht hatten, drängte die berittene Polizei in die Menge hinein und schlug mit der blanken Waffe um sich. Fünf Arbeiter wurden verletzt, darunter ein Schwerverwundeter. Das Vorgehen der Polizei hat den Protest des Duisburger Proletariats hervorgerufen.

Der Krieg im Westen

Die CGTU. zum 1. Mai

Die Zentrale des CGTU. (Roter Gewerkschaftsbund Frankreichs) wandte sich mit dem Vorschlag an die reformistischen Gewerkschaften, den 1. Mai zu einer einheitlichen, mächtigen Demonstration der Gesamtarbeiterschaft Frankreichs gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr, für Lohnerhöhungen und den Achtstundentag auszugestalten. Der Vorschlag belegt u. a.: „Die Ruhrbesetzung durch ihre tragischen Folgen, wie sie sie in Essen hatte, die das Leben zahlreicher deutscher Arbeiter kosteten, stellt uns unmittelbar dort, wo vor die furchtbaren Perspektiven der imperialistischen und kriegerischen Gefahren. Die chauvinistische Erregung, welche durch ständige Provokation des französischen Militarismus aufs äußerste gesteigert wurde, schafft diesseits und jenseits des Rheins eine nationalistische Strömung mit faszistischen Tendenzen. Nur die internationale Solidarität der französischen und deutschen Arbeiter, wenn sie mit aller Kraft öffentlich manifestiert wird, kann die Gefahren von Zusammenstößen abwehren. In diesem Gedanken nahm die CGTU. an der Essener Konferenz teil und folgte dem Hilferuf der deutschen Betriebsräte, die sie in Frankfurt zu einer zweiten internationalen Konferenz eingeladen haben. Wir schlagen vor, zur Schaffung der Einheitsfront der Aktion am 1. Mai eine gemischte Kommission einzusetzen."

Es liegt nun an den französischen Reformisten, am 1. Mai zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Bekämpfung des französischen Imperialismus ist.

Neue Druckmittel

Paßscheine für Kohlenbeförderung. Den Beisitzern in Essen ging eine „Ordonnanz" des Generals Degoutte zu, die bestimmt, weil die im besetzten Ruhrgebiet gelegenen Bergwerke die am 15. März fällige Kohlensteuer nicht bezahlt hätten, dürfe künftig kein Fahrzeug, das Kohlen befördere, ohne einen Paßschein verlassen, der von der interalliierten Kontrollkommission der Hütten, Bergwerke ausgestellt werde, ausnahmsweise wenn es sich um Deputatkohle handelt, widrigenfalls es beschlagnahmt werde. Außerdem werden Geldstrafen bis zu 100 Millionen und Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren festgesetzt. — Die Blätter bemerken hierzu, dies bedeute wenigstens auf dem Papier die Stillegung des ganzen Kohlenverkehrs im Ruhrgebiet, denn kein Bergwerk werde das französische Recht im Ruhrgebiet anerkennen, einen Kohlenpaßschein zu verlangen.

Massenausweisungen. In Höchst am Main haben heute früh 95 Eisenbahnbedienstete den Ausweisungsbefehl erhalten. Ihre Familien müssen innerhalb von vier Tagen folgen. In Bischofsheim (Main) erhielten sämtliche Eisenbahnbedienstete den Ausweisungsbefehl, desgleichen 60 Eisenbahnbedienstete, vornehmlich Lokomotivpersonal, in Wiesbaden. Ihre Familien müssen bis Dienstag folgen.

Abgelehnte Kontribution

Duisburg, 14. April.

Die Stadtverordneten lehnten die der Stadt auferlegte Kontribution von 75 Millionen Mark einstimmig ab, da jeder Nachweis darüber fehle, daß die Stadt mit den angeblichen Sabotageakten in Verbindung stehe. Beigeordneter Baurat Beigter wurde aus diesem Anlaß zur belgischen Kommandantur befohlen und ist von diesem Gang bisher nicht zurückgekehrt.

Deutscher Reichstag

Wulle protestiert — Haushalt des Reichsverkehrsministeriums

Zu Beginn der Freitagsitzung des Reichstages verlas Abgeordneter Wulle (Dischn.) eine Erklärung, worin protestiert wird, daß am Freitag Polizei das Berliner Bureau der Deutschvölkischen Partei geschlossen und das Personal zwecks Vernehmung zum Polizeipräsidium geführt habe. Dieser Gewaltakt des preußischen Innenministers sei ein Verfassungsbruch (!) gegen die Rechte der Reichstagsabgeordneten und es sei daher zu erwarten, daß alle Parteien des Hauses sich dagegen verwahrten. Präsident Löbe stellte fest, daß sich an eine solche Erklärung keine Debatte schließen könne. Die Prüfung der Frage, ob die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags durch das polizeiliche Vorgehen verletzt worden seien, wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Es wurde sodann in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums eingetreten. U. a. beantragt der Ausschuß Freifahrt von Kindern bis zum 6. Lebensjahr und Ausdehnung der Kinderfahrkarten bis zum 12. Lebensjahr. Der Berichterstatter gab einen Ueberblick über die finanzielle Lage des Reichsverkehrsministeriums, bei dem sich ein Anleihebedarf von 1 996 887 Millionen ergibt. Der ordentliche Etat balanciert mit fast 10 Billionen Mark.

Als erster Redner sprach der Abg. Brunner, der die Behauptung zurückwies, daß der Achtstundentag die Eisenbahn unrentabel mache, zumal er bei der Eisenbahn nicht schematisch durchgeführt sei. Es sei falsch, zu behaupten, daß die Lebensmittelteuerung durch die hohen Frachten verschuldet sei, der prozentuale Anteil der Fracht an den Preisen sei immer geringer geworden. Die Redner der bürgerlichen Parteien beschäftigten sich mit der Tarifpolitik der Eisenbahn, zumeist im entgegengesetzten Sinne und redeten dem weiteren Personalabbau das Wort. Insbesondere der deutschnationale Abgeordnete Reichert bedauerte, daß mit dem Personalabbau noch viel zu zögernd vorgegangen worden sei. Auch geht ihm die Benachteiligung des Güterverkehrs zugunsten der billigeren Personenfahrpreise zu weit. In demselben Sinne sprach auch als spezieller Vertreter der Schwerindustrie der Abgeordnete Quaatz, ohne jedoch den Gelüsten auf Stinnesierung der Eisenbahn unter den heutigen Umständen deutlicher Ausdruck zu geben. Unser Redner Genosse Eichhorn kommt erst bei der Fortsetzung der Debatte am Sonnabend zum Wort und wird den Standpunkt unserer Partei zur Tarif- und Personalpolitik der Eisenbahn, sowie den dahinterstehenden wirtschaftlichen Mächten und Absichten kennzeichnen. Am Montag und Dienstag wird der Etat des auswärtigen Ministeriums behandelt werden, wobei der Außenminister von Rosenberg endlich mit seinen Erklärungen über die politische Lage angesichts der Liquidation des Ruhrabenteuers und der kapitalistischen Verständigung herausrücken wird. In den Tagen vom 26. April bis zum 2. Mai soll eine Pause in den Verhandlungen des Plenums eintreten und inzwischen darüber beraten werden, wie die Beschlußfähigkeit des Reichstagsplenums besser aufrecht erhalten werden kann. Voraussichtlich wird man versuchen, die Anzweiflung der Beschlußfähigkeit zu erschweren.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Saarbrücken, 13. April.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet wird unbeschadet der Arbeitsaufnahme in Elsaß-Lothringen fortgeführt, da die Direktion unannehmbare Bedingungen gestellt hat. Sie fordert eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit, die Maßregelung von 1000 Agitatoren und Entlassung aller Bergarbeitersekretäre, die vom Essener Verband ernannt wurden.

Die Lothringer Bergarbeiter haben eine Niederlage erlitten. Für die künftigen Kämpfe ist es jedoch von ungeheurer Bedeutung, daß über 10 000 Bergleute, teils aus dem reformistischen Verband, teils solche, die diesem Verband schon früher den Rücken kehrten, jetzt in den roten Verband eingetreten sind. Außer den 3000 Maßregelungen sind über 200 Kameraden verhaftet.

Die Teuerung in Frankreich. Die französischen Blätter veröffentlichen die Indices der Groß- und Kleinhandelspreise für Ende Februar und Ende März. Es ergibt sich, daß der Index der Großhandelspreise seine Aufwärtsbewegung verlangsamt hat und von 487,6 Ende Februar (endgültig) auf 490,2 Ende März (provisorisch) gestiegen ist, während die Kleinhandelspreise diesmal in rascherem Tempo angestiegen sind als in den vergangenen Monaten und der Index dafür, der im Februar 3394 betrug, für März mit 3454 ausgewiesen wird.

Die Pressevorschriften in der Tschechoslowakei, vor allem die Handhabung der Zensur und des Konfiskationsverfahrens, sollen nach ungarischem Muster auf Grund des Schutzgesetzes verschärft werden.

Heraus mit dem proletarischen Selbstschutz!

Die Deutschvölkische Freiheitspartei pfeift auf das Verbot

Berlin, 13. April.

Die Abteilung IA des Polizeipräsidiums teilt mit: Die Leitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei steht auf dem Standpunkt, daß das für Preußen erlassene Verbot nicht für die Betätigung der Reichsleitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei gelten kann, daß sich daher die Reichsleitung in Preußen weiterhin betätigen dürfe. Der Polizeipräsident von Berlin hält diese Auffassung für rechtsirrig. Er gab deswegen aus, daß jede Betätigung der Deutschvölkischen Freiheitspartei auf preußischem Gebiete unter das Verbot fällt, gleichviel von welchen Parteiorganen diese Tätigkeit ausgeht. Demgemäß hat der Polizeipräsident gegen diejenigen Angestellten der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die während der letzten Tage „im Reichsbureau" der Partei zu Berlin, Dessauer Straße 6, tätig waren, sowie gegen Herausgeber und Drucker des in Berlin erschienenen Presseidienstes die „Reichsleitung" der Freiheitspartei Strafverfahren gemäß § 19 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz der Republik eingeleitet. Es wird ferner fortan die Tätigkeit des Reichsbureaus in der Dessauer Straße und das Erscheinen des Presseidienstes mit polizeilichen Mitteln verhindert werden.

•

Das Verbot der faszistischen „Freiheitspartei" hat sich demnach als reines Theater, als Humbug erwiesen. Die Herrschaften haben ihr republikfeindliches Treiben in aller Ruhe fortsetzen können. Erst jetzt geht die Polizei daran, mit scheinbarem Ernst sich auf die albernen Kniffe der Faszistenstraße einzulassen. Nach der Schließung des Bureaus in der Dessauer Straße 6 wird man eben ein Haus weiterziehen und ein neues Bureau eröffnen. Wer glaubt denn an einen ernsthaften Kampf der Behörden gegen nationalistische Mörder und Verschwörerorganisationen?

•

Steht Hitler über dem Gesetz?

Bescheidene Frage des „Vorwärts" — und ein Narr wartet auf Antwort

Das Urteil des Staatsgerichtshofs, das die Beschwerde der Nationalsozialistischen Partei gegen ihre Auflösung in Preußen verworfen hat, enthält in der Begründung die außerordentlich interessante Feststellung, daß die Hitlerschen Sturmtrupps in München, auf denen die Organisation der Nationalsozialistischen Partei beruht, gegen § 7, Ziffer 4, des Gesetzes zum Schutze der Republik verstoßen. Hieraus ergibt sich für den Oberreichsanwalt die Dienstpflicht, so meint der „Vorwärts", gegen Hitler und seine Mannen von Amts wegen Anklage wegen eines mit schweren Gefängnisstrafen, unter Umständen sogar mit Zuchthaus bedrohten Delikts zu erheben. Wir fragen nun:

1. Hat der Oberreichsanwalt diese Anklage erhoben? Falls nein: Hat der Herr Reichsjustizminister Dr. Heinze den Herrn Oberreichsanwalt auf seine Pflicht zum Einschreiten aufmerksam gemacht oder sich sonstwie dienstlich mit der Sache befaßt?

2. Hat die Reichsregierung die bayrische Staatsregierung aufgefordert, die gegen das Strafgesetz verstoßenden Sturmtrupps auszulösen? Falls ja: Hat die bayrische Regierung gegen eine solche Aufforderung beim Staatsgerichtshof Widerspruch erhoben, besitzen Stellung allerdings nach dem oben zitierten Urteil von vornherein feststehen dürfte? Falls nein: Warum hat sich die Reichsregierung untätig verhalten? Insbesondere: Hat der Herr Reichsminister des Innern Schritte in dieser Angelegenheit getan? Falls dies nicht geschehen sein sollte: Hat der Herr Reichskanzler Cuno den Reichsinnenminister auf seine Pflicht zum Einschreiten gegen die verbotswidrige Organisation hingewiesen oder hat sich das Reichskabinett sonst mit der Sache befaßt?

Die Antwort auf diese Fragen, die für das Proletariat allerdings den ganzen Ernst der Situation enthüllen, kann nur die Arbeiterschaft selbst geben. Sie darf sich nicht auf Worte beschränken, sie muß durch die Tat zur Gründung von Abwehrformationen schreiten.

•

Für den proletarischen Selbstschutz — gegen Severing

Eine von Belegschaftsmitgliedern der Grube „Golpa" (Belegschaftsstärke etwa 3000 Mann) besuchte Versammlung nahm nach der Berichterstattung von der Frankfurter Konferenz einstimmig folgende Resolution an:

Die öffentliche Versammlung in „Golpa" erkennt die der internationalen Arbeiterschaft durch den Faszismus drohenden Gefahren. Sie setzt alles daran, die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz, besonders die Bildung proletarischer Hundertschaften, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Die Bourgeoisie muß mit denselben Mitteln bekämpft werden, mit denen sie das Proletariat bekämpft.

Die versteckten Drohungen der Reichsregierung mit der Reichsexekutive gegen Sachsen sowie das Verbot der „Roten Fahne" durch den Sozialdemokraten Severing zeigen, daß selbst die Regierung auf die Weimarer Verfassung pfeift und daß die besitzende Klasse die Demokratie nur solange anwendet, als sie für ihre Interessen von Vorteil ist. Der Arbeiterschaft rufen wir gegenüber diesem Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterschaft zu, in der Bildung von proletarischen Abwehrhundertschaften und der Herstellung der proletarischen Einheitsfront nicht zu erlahmen, sondern sich diesem Gebot der Stunde mit aller Kraft zu widmen. Dem Angriff des Unternehmertums muß die geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegengestellt werden.

•

Große Erfolge proletarischer Hundertschaften

Essen, 13. April.

Vor einigen Tagen berichteten wir von dem Vorgehen der Gemeindeverwaltung Stoppenbergs und der Faszisten gegen die Arbeitslosen. Die Bedrohungen und Unterdrückungen wurden derartig stark, daß die Stoppenberger Arbeitslosen einen Hilferuf an die Essener Arbeiterschaft und ganz besonders an die Arbeitslosen richteten. Am Donnerstag zogen die Arbeitslosen von Essen, organisiert in Hundertschaften, nach Stoppenberg und hielten dort eine öffentliche Versammlung ab, in der Forderungen aufgestellt wurden, um den schlimmsten Druck gegen die Stoppenberger Arbeitslosen zu beseitigen. Nach der Versammlung zog eine große Demonstration nach dem Rathaus. Während zwei Hundertschaften der Stoppenberger Arbeiterschaft die Demonstration gegen Angriffe der Faszisten sicherten, besetzten drei Hundertschaften das Rathaus und die nähere Umgebung, während auf dem Rathausplatz große Massen von Arbeitern, Arbeiterfrauen und Arbeitslosen standen. Während der Demonstration hatten sich die Bürgerlichen und Faszisten feige verkrochen.

Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Verwaltung sich bereit erklärte, den Arbeitslosenrat insoweit anzuerkennen, als er auch in Essen von der Stadtverwaltung anerkannt sei, jederzeit mit dem Arbeitslosenrat über die Forderungen der Arbeitslosen zu verhandeln. Ferner erklärte sich die Verwaltung bereit, die bisherigen Verhaftungen und Belästigungen der Arbeitslosen abzustellen. Ferner sollen die Fälle von Verhaftungen von Arbeitslosen, von Vertretern der Arbeitslosen und der Stadtverwaltung untersucht werden.

•

Diese Erfolge der Essener und Stoppenberger Hundertschaften zeigen erneut, daß das Faszistengesindel sich feige verkriecht, wenn die Arbeiterschaft auf den Plan tritt und sich nur dort an die Oeffentlichkeit wagt, wo es keinen Widerstand findet. Das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft ist das einzige Mittel, auch reaktionäre Beamte und Stadtverwaltungen zu zwingen, den Forderungen der Arbeiterschaft nachzukommen.

Ein VSPD.-Reichstagsabgeordneter für proletarischen Selbstschutz

Das Gewerkschaftskartell Greifswald (Vorpommern), das kürzlich die Organisierung proletarischer Selbstschutzorganisationen beschlossen hatte, veranstaltete am 6. April eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in der Genosse Schreiber (Stettin) vom pommerschen Bezirksausschuß der Betriebsräte den Bericht von der Frankfurter Konferenz gab. Die Versammlung gelobte einmütig, nach Kräften für die Durchführung der Frankfurter Beschlüsse Sorge zu tragen. In der am folgenden Tage stattfindenden Kartellsitzung erklärte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Arbeitersekretär für Vorpommern Kirchmann, daß Severing durch seine behördlichen Maßnahmen imstande sei, die Orgesch- und Faszistenbanden zu unterdrücken, daß deshalb der proletarische Selbstschutz eine gebieterische Notwendigkeit sei.

Der Druck von unten zwingt einzelne Führer, dem proletarischen Massenwillen immer mehr Rechnung zu tragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230414-10/fragment/page=0002

Zur Lage in der Partei

Von Heinrich Brandler

Der scharfe Zusammenstoß zwischen Vertretern der Opposition und der Parteitagsmehrheit auf dem Bezirksparteitag in Rheinland-Westfalen-Nord veranlaßte die Zentrale, mit Oppositionsvertretern aus den verschiedensten Bezirken eine Aussprache herbeizuführen, um die Partei vor einer Krise zu bewahren.

Die Verhandlungen haben in der vorigen Woche stattgefunden und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Bei dieser Aussprache wurde festgestellt: in keiner Frage sind die Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit so groß, daß nicht ein gemeinsames Zusammenarbeiten möglich wäre.

Die politische Aussprache hat zwar die taktischen Differenzen in der Frage der Arbeiter-Regierung und Anwendung der Einheitsfront nicht restlos beseitigt, jedoch sind die überspitzten Aeußerungen einzelner Vertreter der Opposition, die der Parteitagsmehrheit vorwarfen, sie liquidiere mit ihrer praktischen Politik die revolutionäre Rolle der Kommunistischen Partei und die kommunistische Staatsauffassung, selbst von der erdrückenden Mehrheit der Opposition zurückgewiesen worden.

Die Opposition ist überhaupt kein so einheitliches Gebilde, wie es vor der Aussprache nach außen schien. Die Vorschläge zur Frage der sächsischen Politik und der Ruhrbesetzung sind lediglich von einem kleinen Kreis führender Genossen in Berlin ausgearbeitet worden. Den übrigen Genossen der Opposition im Reich war keine Möglichkeit geboten, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Aus einem gewissen oppositionellen Korpsgeist heraus verteidigten diese Genossen die Berliner Vorschläge. Nur ein ganz kleiner Kreis der oppositionellen Genossen in Berlin war gegen die Verständigung. Aber auch in Berlin bildete sich eine Gruppe aus den tätigsten oppositionellen Genossen, die mit Entschiedenheit für eine Verständigung und Zusammenarbeit mit der Parteitagsmehrheit nach den Richtlinien des Leipziger Parteitages und der bisherigen Linie der Parteizentrale eintrat. Der kleine Kreis der Genossen, die die taktischen Differenzen um jeden Preis jetzt austragen wollten, wurde von den Genossen der Opposition selbst zur Ordnung gerufen; man fand dann eine gemeinsame Plattform zu den Verhandlungen mit der Zentrale.

In ihren Vorschlägen forderte die Opposition folgendes:

1. Es finden keine Maßregelungen durch die Zentrale statt.
2. Jedes Parteimitglied hat das Recht der Kritik und der Meinungsfreiheit in jeder Frage, soweit die Parteitätigkeit nicht durch die Kritik und Meinungsäußerung gehindert wird. Wenn bestimmte Fragen nicht in der Parteiöffentlichkeit diskutiert werden sollen, muß die Parteizentrale dies ausdrücklich beschließen und den Bezirken mitteilen.
3. Es wird festgestellt, daß prinzipiell jedes Parteimitglied überall als Delegierter aufgestellt und gewählt werden kann.
4. Es wird festgestellt, daß prinzipiell jeder Bezirk das Recht hat, bei den Konferenzen und Bezirksparteitagen der anderen Bezirke vertreten zu sein.
5. Es wird sofort eine Delegation nach Moskau gesandt, bestehend aus je einem Genossen aus den Organisationen Berlin, Hamburg, die von ihren Bezirken delegiert werden, und einem Vertreter der rheinisch-westfälischen Opposition.
6. Die Berliner Organisation erhält das Recht, ein Wochenblatt herauszugeben, in dessen Redaktion ein Mitglied der Zentrale eintritt bzw. dessen Manuskripte dem Politbureau vor der Drucklegung vorgelegt werden.
7. Der Exekutive wird der Vorschlag gemacht, für den Herbst einen außerordentlichen Parteitag zur Konsolidierung der Partei und zur Schaffung einer Konzentrationszentrale einzuberufen.
8. Die Opposition in der Partei wird selbstverständlich jeden Beschluß der Exekutive auf das genaueste durchführen. Sie legt den größten Wert darauf, daß auch die Zentrale die gemachten Vorschläge annimmt. Zur Ueberwachung der zur Entscheidung der Exekutive getroffenen Abmachungen bzw. der Parteiarbeit im Falle der Einberufung des Parteitages bis zu diesem wird eine Kommission aus drei Genossen der Zentrale und drei von der Opposition zu bestimmenden Genossen gestellt. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen ruhen bis zur Vorbereitung des Zentralausschusses.

Die Zentrale lehnt es ab, das Prinzip der Zentralisation im Interesse einer oppositionellen Fraktionsbildung oder des Föderalismus nach den Vorschlägen 3 und 4 preiszugeben. Die Zentrale lehnte ferner ab, einen Parteitag zur Liquidierung der Leipziger Parteitagsbeschlüsse einzuberufen. Die Konsolidierung der Partei kann nur durch die praktisch politische Zusammenarbeit aller Genossen, nicht durch einen Parteitag herbeigeführt werden. Findet die Konsolidierung nicht in der praktischen Zusammenarbeit statt, dann könnte der Parteitag nur dem parteipolitischen Machtkampf Vorschub leisten. Ist aber eine Konsolidierung durch die politische Tagesarbeit möglich, dann ist der Parteitag überflüssig. Ebenfalls verweigerte die Zentrale die Zustimmung zur Herausgabe eines Berliner Wochenblattes. Dafür wurde den oppositionellen Genossen in den Organen der Partei Platz für die Darlegung ihres abweichenden Standpunktes zugesichert. Eine Kommission zur Ueberwachung der Zentrale mußte gleichfalls abgelehnt werden. Die Richtlinien zur Erzielung einer gemeinsamen Zusammenarbeit, die am Schluß der Aussprache einstimmig von Vertretern der Opposition und der Zentrale angenommen wurden, sind zusammengefaßt in der gemeinsamen Erklärung der Zentrale und den Vertretern der Opposition, die in der Parteipresse bereits veröffentlicht ist. (Wir verweisen die Leser auf die Veröffentlichung unter Parteinachrichten in Nr. 84. D. Red.)

Die Berliner Genossen haben in der Bezirksleitung und in einer Funktionärsitzung den Abmachungen bereits zugestimmt. Der Beschluß lautet:

1. Die Bezirksleitung stellt sich vollständig hinter die gemeinsame Erklärung der Parteimehrheit und der Parteiminderheit; sie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um diese Resolution zu verwirklichen. Die weitergehenden Forderungen der Entschließung des Berliner Zentralvorstandes vom 5. April, so insbesondere die Forderung nach einem außerordentlichen Parteitag im Herbst und nach einem Berliner Wochenblatt, wird die Bezirksleitung an die Exekutive der Komintern richten.
2. Ueber die gegenwärtige Taktik der Opposition sind innerhalb der Bezirksleitung und des Zentralvorstandes Berlin-Brandenburg scharfe Differenzen entstanden. Ob und wie es sich dabei um grundlegende politische Differenzen handelt, wird sich im Verlauf der Tätigkeit der Partei erweisen. Deshalb sollen mit der gemeinsamen Unterzeichnung der Verständigungserklärung vom 7. April diese Differenzen als erledigt angesehen werden. Die Bezirksleitung erklärt, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Minderheitsthesen von Leipzig „Zur Einheitsfront und Arbeiter-Regierung" steht und diesen ihren politischen Standpunkt in Berlin, im Reiche und bei der Exekutive weiter vertreten wird.

   In der praktischen Arbeit hat die Bezirksleitung Berlin, wie die Gesamtpartei die Pflicht, die Beschlüsse des Leipziger Parteitages durchzuführen.
3. Die Bezirksleitung weist die gesamte Organisation auf die durch das Verbot der „Roten Fahne" geschaffene ernste Situation hin und fordert die Organisation zur höchsten Anstrengung ihrer Kräfte auf.

Das Bürgertum und die Sozialdemokratie können sich wieder einmal die Nase wischen. Sie prophezeiten wegen der Auseinandersetzung bereits wieder den Zerfall der KPD. Man hatte zu früh gestohlockt. Scharfe Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zum Siege wich es in einer revolutionären Partei immer geben. Es kommt auf den Austrag der Meinungsverschiedenheiten an. Der Konzentrationswille innerhalb der Partei zur Ueberwindung aller Differenzen, der Wille, die politische Machtstellung der Partei zu stärken, hat über die Differenzen gesiegt. Das werden SPD. und Bürgertum sehr bald durch gesteigerte Aktivität der Partei zu spüren bekommen, und zwar im schärfsten Kampf gegen die Durchführung des Sinnes Programms, das nach der Verständigung der deutschen Regierung mit der französischen die praktische Politik beherrschen wird. Die drohende Reichsexekutive gegen die ersten schüchternen, noch unzulänglichen Versuche der kämpfenden proletarischen Einheitsfront in Sachsen wird die noch bestehenden Differenzen in der KPD. schnell liquidieren. Die Zeit zu theoretischen und taktischen Differenzen innerhalb der Partei ist vorbei. Der gemeinsame Kampf wird die auf der Verständigungsplattform angebahnte Zusammenschweißung der Partei vollenden.

Der Prozeß gegen den Patriarchen Tichon in Moskau wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

In der chemischen Industrie der Tschechoslowakei ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen, der bereits in großen chemischen Werken in Aufsig zu Ausständen führte.

Die türkische Nationalversammlung hat die Konzessionsverträge mit der amerikanischen Chester-Gruppe bestätigt.

Die amerikanische Regierung hat der Genossin Kallinin, die in Amerika Vorträge über die Hungerhilfe halten wollte, die Einreise verweigert.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Brauer!

Brauereien in Münster in Westfalen suchen durch Inserate in der Fachpresse ledige Brauer. Vor Arbeitsannahme wird gewarnt. Die Brauereiarbeiter in Münster haben soeben einen Streik beendet. Die gesuchten ledigen Brauer sollen den Interessen der Unternehmer dienen.

Vom Tage

Eine Hohenzollern-Irene in Dessau

In der Welt, „in der man sich nicht langweilt" von Dessau, spielt eine große Rolle die Witwe des Hohenzollernprinzen, der sich selbst umgebracht hat (entschieden der sympathischste von allen!) Neulich tauchte als ihr Verehrer ein „Graf" auf, der um so willkommener war, als er neben einem „standesgemäßen" Namen auch jeden Tag noch [illegible] Geldscheine in Form von Billantenkollisors usw. zu Füßen der ehemaligen Prinzessin Joachim niederlegte. Aber die Rache schläft nicht. Eines Tages entpuppte sich der „Blaublütige" als ein ganz gewöhnlicher Angestellter einer Juwelenfirma, der nun seine reichen Geschenke bei Wasser und Brot zu bereuen haben wird. Oder wird der deutschnationale Richter auf mildernde Umstände plädieren, da ja zweifellos in diesem Liebesfalle patriotische Gründe vorgelegen haben?

Vogelmassensterben auf der Kurischen Nehrung. Am Ostseestrande wurden in diesen Tagen Unmengen von Vogelleichen angespült. Am 3. April wurden der Vogelwarte Rossitten 216 Stück eingeliefert, die auf einer kurzen Strecke gesammelt werden konnten. In der Hauptsache waren es Feldlerchen, ferner Buchfinken, Heidelerchen, Drosseln, Stare, Hänflinge, alles Arten, die sich jetzt gerade auf dem Zuge befinden. Die Tiere sind ohne Zweifel bei ihrer Wanderung über See in feuchten Nebel und Eisregen geraten, mit zusammengefrorenem Gefieder zu Tausenden in die Wellen gefallen und zugrundegegangen.

Bankräuber. Köln, 13. April. Zwei Bankräuber hielten die Inhaber des Bankhauses Sternfeld & Tiefenthal mit Pistolen im Schach, durchschnitten die Telephonleitung und raubten mehr als 15 Millionen Mark Bargeld.

Aus der Provinz

Ungeheure Krise auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet: Da der künstliche Anreiz weiterer Markverschlechterung fehlte, war der Geschäftsgang in den meisten Industriezweigen still. In der Erwartung, daß der Preisabbau anhalten werde, hielten die Käufer zurück, Absatz und Produktion gerieten ins Stocken, der verminderte Geldeingang sowie die Kreditpolitik der Reichsbank führten zu Kapitalmangel und lähmten im Verein mit der fortbestehenden Unsicherheit der politischen Verhältnisse die Lust zu neuen Unternehmungen. Der Arbeitsmarkt wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Der Rückgang der Konjunktur prägte sich am stärksten in der Metallindustrie aus, um so mehr als der Stand der Mark die Ausfuhr erschwerte und nach Aufhebung der Eisenzölle die Konkurrenz des Auslandes fühlbarer wurde. So kam es im ganzen Bezirk zu starken Betriebseinschränkungen. In den meisten Fällen wurden Streckungen der Arbeit vorgenommen. Doch blieben auch stärkere Entlassungen nicht aus. Schwer betroffen wurde ebenfalls das Baugewerbe. Industrie und Landwirtschaft stellten vielfach begonnene Neubauten ein oder zogen erteilte Aufträge zurück. Infolgedessen stieg auch hier die Arbeitslosigkeit. Lohnkämpfe traten vielerorts hinzu. Im Zusammenhang mit der ungünstigen Lage des Baumarktes erreichte die Arbeitsaufnahme in den Ziegeleien nur einen verhältnismäßig geringen Umfang. Auch das Nahrungsmittelgewerbe — besonders ungünstig lag die Tabakindustrie — sowie das Bekleidungsgewerbe schritten zu Entlassungen.

Infolge der Frühjahrsbestellung hatte die Landwirtschaft regen Bedarf nach Arbeitskräften aller Art. Sie hielt jedoch ihrerseits mit dem Einkauf künstlicher Düngemittel zurück. So traten auch im Absatz der Kaliwerke Stockungen ein. Ebenso mußten Stickstoffwerke und andere Betriebe der chemischen Industrie das Ausmaß ihrer Arbeit beschränken. Die Förderung an Braunkohle stieg zwar, doch nahm der Absatz infolge des Konjunkturrückganges nicht den im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung erwarteten Umfang an. Die Gruben waren mit Arbeitskräften gut besetzt und nahmen nur wenige Neueinstellungen vor.

Die mit Beginn der Frühjahrssaison eintretende Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften reichte jedoch nicht aus, die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage infolge des Rückganges der Konjunktur aufzuwiegen. Die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen sind infolgedessen weiter gestiegen. Sie betrugen am Ende des Berichtsmonats für Sachsen und Anhalt 8965 (Ende des Vormonats 8093). Hiervon entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 4325 (4037), Merseburg 1596 (1372), Erfurt 2211 (1737) und dem Freistaat Anhalt 833 (947). Von der Erhöhung dieser Ziffern wurden vor allem die Großstädte und die Orte mit stärkerem industriellen Einschlag betroffen. Im Vergleich mit dem Vorjahre, das eine selten günstige Gestaltung der Arbeitsmarktlage aufwies, ist die Verschlechterung erheblich, doch werden die Höchstzahlen des Jahres 1919 — am 19. März 1919 wurden für die Provinz Sachsen 21 892 vollunterstützte Erwerbslose gezählt — bei weitem nicht erreicht.

Die kommende Gemeindereform

Der verstärkte Gemeindeausschuß des Preußischen Landtags beschloß, daß auch über die Gültigkeit von Wahlen der Stadtverordnetenversammlungen, die der Bestätigung bedürfen, die Beschlußbehörde entscheiden soll, wodurch die formellen Bestätigungen der Wahlen der Aufsichtsbehörde entzogen sind.

In die Stadteordnung wurde ein Bürgerschaftsbegehren und ein Bürgerschaftsentscheid aufgenommen. Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Wahlperiode von vier auf zwei bzw. ein Jahr herabzusetzen, wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, die Stadtverordnetenversammlungen beschlußunfähig zu erklären, wenn weniger als die Hälfte der noch im Amte befindlichen Stadtverordneten anwesend sind; ferner ein Antrag des Zentrums und der Deutschnationalen auf Verleihung des städtischen Ehrenbürgerrechts. Gegen die Linke wurde die Wahlberechtigung an eine sechsmonatliche Aufenthaltspflicht getknüpft.

In das vor kurzem verabschiedete Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen hat der Landtag die Bestimmung eingefügt, daß die Stellen der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder, Gemeindevorsteher und Schöffen von den bisherigen Gemeindevertretungen nur besetzt werden dürfen, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens zwei Drittel der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung gefunden hat. Der preußische Minister des Innern teilt hierzu den Aufsichtsbehörden als Anweisung mit, daß Wahlen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, unwirksam sind. Ferner dürfen Bürgermeister usw. nicht mehr auf Lebenszeit, sondern in Zukunft nur noch auf 12 Jahre gewählt werden. Die unmittelbaren Wahlen von Bürgermeistern usw. durch die Bürgerschaft müssen in Zukunft geheim durch verdeckte Stimmzettel stattfinden.

Betriebsratswahl-Ergebnisse

Und immer wieder Niederlagen der Menschewisten

In der Maschinenfabrik Böhme (Halle) wurden als Betriebsrate nur Kommunisten (5) gewählt.

Als Betriebsratsmitglieder für das Wasserwerk Beesen bei Halle wurden ebenfalls nur Kommunisten gewählt. Auch die Stellvertreter sind nur Kommunisten. Die USPD. und die Gelben haben keinen Vertreter erhalten.

Der neue Betriebsrat der Gewerkschaft Michel-Vesta in Großkayna setzt sich zusammen aus 10 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten, 2 Parteilosen und 2 Angestellten (SPD. und Deutschvölkisch). Da nur eine Liste eingereicht war, hat eine Wahl nicht stattgefunden.

Auf der Zeche „Mara-Werein" bei Gröbers sind gewählt sechs Kommunisten und ein Parteiloser.

Bei den bisherigen Betriebsratswahlen im Bezirk Halle sind bis Anfang dieser Woche gewählt: 292 freigewerkschaftlich Organisierte, 15 Christen, 4 Hirsch, 1 Pole, 15 Unionisten, 4 Gelbe. Gegenüber diesem Ergebnis ist es eine bodenlose Gemeinheit, wenn die menschewistische Presse schreibt, es sei bemerkenswert, daß gerade in den bisher radikalsten Bezirken Halle-Merseburg-Elbe gewählt wurden. Von 335 Betriebsräten waren 4 Gelbe! Uns scheint, daß die menschewistischen Federfuchser nicht mehr wissen, was sie schreiben, sonst könnte nicht solcher Blödsinn verzapft werden. Die Leutchen müssen über die kommunistischen Erfolge recht verschnupft sein; sie wagen auch nicht mitzuteilen, daß die gewählten 292 freigewerkschaftlichen Betriebsräte in der Hauptsache Kommunisten sind. Von diesem Gesichtspunkt aus ist diese neueste dumme Hetze zu betrachten.

Konferenz der Erwerbslosenräte des Regierungsbezirks Merseburg!

Wir laden sämtliche Erwerbslosenräte des Regierungsbezirks Merseburg zu einer Konferenz am Dienstag, dem 17. April, vormittags 10 Uhr, nach Halle, Lerchenfeldstraße 14, ein. Jeder Ort, wo Arbeitslose sind, auch wenn kein Erwerbslosenrat besteht, ist verpflichtet, einen Delegierten zu senden. Die Kosten müssen die Ortsgruppen selbst tragen.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Wahl eines Bezirks-Erwerbslosenrates.
2. Organisatorisches.
3. Verschiedenes.

Der provisorische Erwerbslosenausschuß für Halle-Merseburg.

„Rote Hilfe"

Alle Ortsgruppenleiter unseres Bezirks bitten wir dringend, uns umgehend mitzuteilen, ob sich Frauen unserer gefallenen Revolutionskämpfer, die heute noch Unterstützung beziehen, wieder verheiratet haben. Mit Rücksicht auf alle, die noch der Unterstützung durch uns bedürfen, bitten wir, diese Meldung gewissenhaft und schnellstens zu erstatten. Es ist Ehrenpflicht aller Funktionäre, uns fortlaufend über die Verhältnisse der Angehörigen der Opfer des Weißen Schreckens zu unterrichten, schon deshalb, weil einzelne zu Unrecht unterstützt worden sind zum Schaden der Unterstützungsbedürftigen. „Rote Hilfe", Halle, Lerchenfeldstraße, Zimmer 28.

Rattmannsdorf. Zur Maifeier. Sonntag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr, findet in Rattmannsdorf eine Versammlung statt betreffs Maifeier. Alle Hand- und Kopfarbeiter sind hierzu eingeladen. Arbeiter, Klassengenossen, hinein in die Versammlung. Der Achtstundentag ist in Gefahr.

Schkeuditz. Achtung, Metallarbeiter! Am Dienstag, dem 17. April, findet im „Deutschen Haus" eine Mitgliederversammlung statt. Pflicht aller Genossen ist es, die Versammlungen zu besuchen. Gerade jetzt muß sich jeder Metallarbeiter informieren über die Stellung der Unternehmer zum Tarifvertrag. Es sei deshalb heute schon auf die Versammlung aufmerksam gemacht.

Brehna. Schupo-Frechheiten. Als gestern, Freitag, Schupomannschaften auf einem Lastauto durch unseren Ort in Richtung Delitzsch fuhren, bemerkten sie am Hause unseres Genossen D. ein Werbeplakat für die kommunistische Werbewoche. Das schien einigen reaktionär eingestellten Schupohelden nicht gefallen zu haben, sie stiegen ab und rissen das Plakat einfach herunter. Nachdem sie ihren Eifer gestillt hatten, fuhren sie wieder weiter. Es fragt sich nur, wo diese Leute das Recht hernehmen, sich in dieser Weise zu betätigen. Hinzu kommt, daß das Haus des betreffenden Genossen von der Straße durch einen Zaun abgesperrt ist; die Schupoleute sind also widerrechtlich eingedrungen. Weiß das die vorgesetzte Dienststelle? Was wird geschehen, um die Täter zur Verantwortung zu ziehen? Wir bringen den Vorfall zur öffentlichen Kenntnis, um zu sehen, ob in dieser Angelegenheit von seiten der vorgesetzten Stellen etwas geschieht. Viel Hoffnung haben wir ja nicht.

Bitterfeld. Warnung vor Arbeiterzuzug. Der Ortsausschuß des ADGB. macht darauf aufmerksam, daß ungelernte Arbeiter den Zuzug nach Bitterfeld wegen Arbeit möglichst meiden sollen, da hierorts die Betriebe mit ungelernten Arbeitern so weit als nötig voll besetzt sind. Die Arbeiter sind übrigens hier nur in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Gelernte Arbeiter sollten sich erst auf dem zuständigen Arbeitsnachweis erkundigen, ob Bedarf vorliegt, um sich unnötige Schereien zu ersparen. Das Angebot überschreitet auch hier bei weitem die Nachfrage. Die Arbeiterblätter werden gebeten, die Arbeitsuchenden auf die ungünstigen hiesigen Verhältnisse hinzuweisen.

Greppin. Kommt zur Jugend! Die Kommunistische Jugend ladet alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu ihrem Unterhaltungsabend ein, der am Sonntag, dem 15. April, abends 7 Uhr, in Schmidts Lokal stattfindet. Rezitationen, Gesänge und Theater kommen zur Vorführung. Alle Proletarier, die nach der langen Frost in den Betrieben sich nach etwas Abwechslung in ihrem öden Leben sehnen, sind eingeladen. Von 2 Uhr an findet eine Ausstellung guter Bücher statt.

Jugendbewegung

Holzweißig. Kommunistische Jugend. Heute abend 7 Uhr findet im „Jugendheim" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht aller Jugendgenossinnen und Genossen, zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230414-10/fragment/page=0003

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045. 1047. 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 00. Arbeiter-Sekretär: Bezirks-Sekretär. Geschäftsstunden: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitung. Dienstag, 17. April, nachm. pünktlich 5 Uhr, im Bureau **Sitzung.**

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Ortsleitung u. Kartellfraktion. Montag, 16. April, abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv": **Wichtige Sitzung.**

Flugblattverteilung. Sonntag, den 15. April, vorm. ½10 Uhr, treffen sich alle Mitglieder in ihren Distriktslokalen. Niemand darf fehlen.

Funktionäre der Frauen-, Jugend- und Kindergruppenleiter. Dienstag, 17. April, abds. 7 Uhr, in der „Produktiv": **Wichtige Besprechung.**

Transportarbeiterfraktion. Sämtliche komm. Transportarbeiter treffen sich Mittwoch, 18. April, abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv", zu einer **wicht. Sitzung.**

Distrikt 16. Sonntag, 15. April, vorm. 9 Uhr, in der „Quelle": **Versammlung.** Von den Funktionären darf niemand fehlen.

Halle-Saalkreis.

Dölnitz. Sonnt., 15. April, nachm. 3 Uhr i. „Baumbaum": **Mitgliederversammlung.** Ref.: Gen. Wollmann (Ammendorf).

Lettin. Sonntag, 15. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Wenkelmann: **Mitgliederversammlung.**

Morl. Sonntag, 15. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Stope: **Mitgliederversammlung.**

Zscherben. Sonnt., 15. April, nachm. 3 Uhr, i. Gasth. Bolze: **Mitgliederversammlung.** Stellungnahme zur Metzeler.

Diemitz. Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Oppin. Dienstag, 17. April, abends 7½ Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Eichendorf. Sonntag, 15. April, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof Schnöder: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg.

Merseburg. Sonntag, 15. April, abds. 7½ Uhr, in der Funkenburg: **Funktionärsitzung.** Wichtige Tagesordnung.

Kreis Zeitz.

Zeitz. Sonntag, 15. April, abds. 7 Uhr, im Restaurant Bode: **Mitgliederversammlung.**

Crossen. Sonntag, 15. April, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Gold. Ede": **Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hier zu **Druck**sachen benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Prima **Strickwolle** ½ Pfd. 2200 Mk.
Bahnwer & Mühlbauer, Merseburger 3 (Gollmarkt, a. d. Zeitz.) Filiale Leipzig, Wurzner Straße 7

Von Montag früh an steht ein Transport **großer und kleiner hannoverscher Läuferschweine** preiswert zum Verkauf.
O. Bruchhardt, Trothaer Straße 4. Tel. 3569

Ausschneiden!

Genossinnen u. Genossen!
Unterstützt bei allen Einkäufen nur die „Klassenkampf"-Inserenten. Gebt diese stille Antwort an der Geschäftsleitung ab:
Ihre Firma inseriert im „Klassenkampf" wir bitten unsere Einkäufe bei Ihnen.

Volkspark
Heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag: 1339
Konzert und Ball.

Kraft- u. Artisten-Klub „Atlas"
Halle a. d. S.
M. d. A.-A.-B. D.
Sonntag, den 15. April, vorm. ½11 Uhr, im „Walhalla-Lichtspiel-Theater":
Gr. Sport-Matinee
bestehend in Herausforderungskampf: Atlas I — Germania-Fellenseit I, Halle sowie **Boxkampf** International-Siegfried, Hallen Gera
Auftreten der Radfahrer des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität" u. der Akrobaten von Germania-Fellenseit.
Es ladet freundlichst ein 1333
Der Arbeitsausschuß.
Alles Nähere ersichtlich in der Sport-Ecke.

Restaurant Terrasse
Sonntag, 15. April, vorm. 9 Uhr:
Frühkonzert.
Vereinszimmer noch einige Tage frei.
Oswald Fischbach.

Die Not der Welt.
Satans Reich fällt.
Millionen jetzt lebender Menschen werden nie sterben! 1351
Eine bedeutsame Schrift für alles Volk: Trost, Glück, Friede, Freiheit, und Leben nach einer dunkelen Nacht der Schmerzen und Leiden.
Oeffentl. Vortrag
Sonntag, den 15. April, nachm. 3 Uhr pünktl. i. „Idalia Sal" u. pünktl. 8 Uhr abds., in der Aula des Stadtgymnasiums, Spitzenstraße.
Eintritt frei! Jeder willkommen!
Vereinigung ernster Bibelforscher.

ff. Herren- und Damenmoden
Spezialität: 1274
Kunst- u. Teppichkopserei
saubere Ausführg., billigste Berechnung.
Ludwig & Co.,
Krausenstraße 24.

Für Wiederverkäufer billige Bezugsquelle in 1349
Schuh-Crême Pile Kavalier Perladin
Kernseife
Schnürsenkel in Make und Elengarn
sowie alle anderen Artikel bei
Paul Lange,
Merseburger Str. 168. Tel. 3477
Nähe Riebeckplatz neb. C.-L.-Lichtspiele

Holzpantoffeln, Pantoffelhölzer,
nur prima Ware,
liefert billigst 1344
Otto Fricke, Pant.-Fabrik,
nur Kl. Ulrichstraße 8 (Hof).
Holzpantoffeln werden repariert.

Von Montag mittag 1 Uhr an stehen kleine und große **Hannoversche Läuferschweine** billig zum Verkauf.
Gebrüder Kohlberg,
Halle a. d. S., „Gasthof gold. Rose", Kannichstraße 19. Telephon 5842

„Volkspark"
Montag, den 16., und Dienstag, den 17. April, abends ½8 Uhr:
Ehren-Abende
des berühmten Telepathen und Hellsehers
Fred Harry
das Rätsel des 20. Jahrhunderts.
Mia
die sensationelle Traumtänzerin.
An beiden Abenden: **„Hellsehen".**
Fred Harry gibt Nachrichten und Aufklärungen über Vermißte. 1335

Galgenberg Fernruf 6595
unübertroffen in seiner
Familien- u. Stärkewäsche.
Eigene Läden: 108
Gr. Steinstraße 56 | Königstraße 25 | Leipziger Straße 60 | Geiststr. 36 | Steinweg 25 | Markt 13 | Ludwig-Wucherer-Straße 7.

Firnisse · Farben
trocken und streichfertig
Schlemmkreide - Leim - Pinsel
Engros-Preise.
Maaß & Co., Herrenstr. 11.
Großhandlung für Farben u. Oele.
Fernsprecher 4703. 1311

Parteischriften
empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Preisaufgabe!
Inmitten des Textes auf einer Seite des soeben erschienenen Heftchens, betitelt:
Die nagellose Patenthausbesohlung
100—125 % Ersparnisse,
ist eine Zahl, die auf eine andere Stelle hinweist, falsch angegeben. Die Aufgabe lautet:
„Auf welcher Seite, zwischen welchen Worten steht die zu nennende falsche Zahl? Wie müssen die richtigen Zahlen heißen?"
In der Voraussetzung, daß mehrere richtige Lösungen eingehen, gelangen folgende Preise zur Verteilung:
Drei erste Preise: Je eine vollständige Einrichtung zur Ausführung einer Patent-Hausbesohlung.
Drei zweite Preise: Drei Anweisungen auf je eine in unseren Werkstätten ausführbare vollständige nagellose Patent-Gratisbesohlung.
Drei dritte Preise: Je ein Paar Hartha- bezieh.gungsweise Goliath-Spezialsohlen.
10 Trostpreise: 10 große Tuben Original-Ersatzkitt.
Die Heftchen mit Abbildungen und hochinteressanten Inhalt werden in unseren Filialen, in den Expeditionen aller Hallenschen Zeitungen, sowie in vielen Buch- und Papierhandlungen zum Preise von 200 Mark abgegeben. Bei Einkauf von Waren in einer unserer Filialen wird obiger Betrag zurückvergütet.
Lösungen nehmen wir in unseren 3 Geschäften bis zum 23. April entgegen. Unter den eingehenden richtigen Lösungen entscheidet das Los. Die Verlosung findet am Donnerstag dem 26. April 1928, unter Aufsicht des Rechtsanwalts und Notars Herrn Dr. Gaye, Halle, statt. Das Ergebnis wird am 28. April bekanntgegeben. 1340
Mühelosen Gewinn und Riesenvorteil bringt Ihnen die obengenannte kleine Schrift.
Hartmann & Hansen, Halle a. d. S.,
Talamtstr. 9. Kl. Ulrichstr. 8. Mansfelder Str. 4.

Stadt-Theater.
Sonntag 1348 abends 7½ Uhr:
Der Rosenkavalier.
Montag: **Othello.**

Thalia-Theater.
Sonntag, 15. April, abends 7½ Uhr:
Einmaliges Gastspiel **Elle Esterberg** vom Deutschen Theater, Berlin
„Straßenmädel"
Komödie von D. Nicodemi. 1263

FREBAR
seit fast 20 Jahr. diverlosgerichtet, Originalmarke für Frauen geg. Störungen der Menstruation, nervöse Konzeptionen usw. Vorsicht v. teilweise preiswert. o. t. völlig wertlosen Mitteln. Nur die Schutzmarke „Frebar" garantiert die Echtheit Tropfen Puro. Der Badekrauf Vollkommen unschädlich. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Sanitätsgeschäften.
Hauptdepots:
E. Kerschner, Gummiwaren-Haus Leipziger Str.
Fr. Speer, Sanitätshaus, Gr. Ulrichstr. 63
E. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41

Gold, Silber, Uhren, Ketten
kauft ständig zu reellen Preisen
Zentral Leihhaus,
30 gegr. 1868. 30
30 alter Markt 30
Ausweis erbeten.

Felle!
Zickel, Maulwürfe Kanin
kauft zu höchsten Preisen
P. Sitte,
Halle a. d. S.,
Mittelwache 13.
Slaucharer Str. 4.
Fernruf 5475.

Fahrräder,
Reparaturen, Ersatzteile
empfiehlt
B. Krause,
Kl. Ulrichstraße 18a, hinter 121
Postel & Krostamsti.
Reparat.-Werkstätte m. elektrisch. Betrieb.

Heizöfen,
Kochöfen, 124
Gasbrenner,
Kochherde
für Notwohnungen
Sparkocher,
Waschkessel.
Christ. Glaser,
Gr. Klausstr. 24.
Fernruf 6128.

Gummiwaren.
Hygien. Artikel.
Spülapparate,
Frauenspritzen.
Vert.: „Germania"
Halle 3, Poststr. 5a. 1315

Restaurant Produktiv-Genossensch.
Halle a. S.,
Lerchenfeldstr. 14
empfiehlt jetzt
kräftigen
Mittag- u. Abendtisch
Bier: Glas 35 P.

1 Jahr Garantie
leiste ich für jede Reparatur.
„Elite", 122
Reparatur-Werkstatt.
Großes Lager an Uhren aller Art.
Adolf Behlert,
Halle Steinweg 20

Möbel
liefert noch billigst
Speisezimmer, Schlafz., Küchen, Diplom.-Schreibtische, alle Einzelmöbel
in großer Auswahl.
Ratenzahlg. gestatt.
Otto Thormann,
Brüderstraße 14
1335 (am Markt).

Wringmaschinen
repariert und setzt neue Walzen ein
Otto Thormann, neben Walhalla Tel. 6504

Chaiselongues
eig. Anfertig. billigst
Stamm-Winkel
Wilhelm. 34. Tel. 2822.

Schülermützen 120
i. bell Verarbeitung bei **J. Kaliga,**
Gr. Klausstraße 35.

Von Montag an steht ein Transport **pa. hannov. Läufer- u. Futterschweine** preiswert zum Verkauf 1336
H. Richter,
Trothaer Straße Nr. 80.
Telephon 3752. Telephon 3752.

Billige Möbel auf Teilzahlung.
Speisezimmer, Schlafzimmer, schöne Küchen, Korbmöbel, :: Einzelmöbel aller Art ::
— — Große Auswahl. — —
Kredit auch nach auswärts. 1114
N. Fuchs, Möbelhaus
Halle, Gr. Ulrichstr. 53, I, II, III.

Därme!
Verkauf aller Sorten Därme sortiert und unsortiert. 1345
Einkauf von **Hammel- und Ziegenlämmern** zu den höchsten Preisen.
Paul Eckrich, Darmhandlung,
Reideburger Straße 2 (am Schlachthof)

Ansichtspostkarten empfehlen die Volksbuchhandlungen

Extra billiger Hemden-Verkauf.
Restposten Barchenthemden . 9000
Restposten Winterhemden . . 9000
Einsatz- und Mako-Hemden . 12000
Oberhemden mit Kragen . . 19000
Verkaufszeit von ½9—½7 Uhr.
1343 **Dauerwäsche-Vertrieb,**
Kl. Berlin 2, eine Treppe, (Eingang Sternstr.)

Wie sich Karlchen die Herstellung des Schuhputz denkt!
(Zwiegespräch zweier Hallenser über die Küche.)
Karl: „Moin Fritze!" 1348
Fritz: „Moin Karll! Wo willst'n so drapp hin?"
Karl: „Ich Fritze, die Küche!"
Fritz: „Was, Du lächen? Na, na, wo d'n?"
Karl: „In der Perladin-Schuhcrême awerk."
Fritz: „Du in der Schuhcrämfawerk? Was macht d'rn da for Schmiere?"
Karl: „Du! Dattes Zeich, das glänzt wie Speckschwarte un funkelt wie Kolleonium vorn Dienloche."
Fritz: „Na na, wie macht'n dasse?"
Karl: „Na schwer isses nicht. Mir kocken den jangen Rust zusamm, machen Blaum un dattes Fett dran un denn wardes jelocht. Dadennis's noch a bischen kawwet, timmt noch a ätnschen Tätz dran, un färt'ch tig de Schwiere."
Fritz: „Weiter isses nicht?"
Karl: „Nee! Na jo einfach wie jesacht isses jä nadierlich nicht, denn beim Kochen mußte maulfich nehm'n, dabermit das Zeich nich anschmärt. — Un denn immer in der Hitze lächen!"
Fritz: „Na, ja, ich kloobes; Du siehst och schon höllisch angiqsfen aus, dätte dische jewortn. Wie lange machst'n das schone?"
Karl: „Morjen willich anfangen." [Bielecker
Der Kenner wählt die **Schuhkreme „Perladin"** der Qualität u. d. Preises wegen und bevorzugt die große vorteilhafte ½-Pfd.-Dose Mk. 1300, in allen Geschäft. erhältlich.
Denken Sie auch an „Perladin"-Bohnenwachs!

Lack, Oelf arben, Pinsel, Kreide, Leim,
(Schutzmarke „Teradura")
Schablonen, Intarsien, kauft man fachm. u. billigst bei
Farben-Kramer, Fernruf 1465.
Nur Mittelwache 9/10. 1338

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 133
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.
Bachran & Co.,
Markt 6, gegenüber Boese.

Aluminiumgelegenheitskauf!
Aluminiumschmortöpfe
ein Satz = 6 Stck. 16—26 cm, mit Deckel
40500 Mark. 1304
Gr. Brauhausstr. 1, Laden rechts.

Schulbücher Schreibwaren Schultafeln usw.
empfehlen die
Volksbuchhandlungen

Arbeitsmarkt

Zeitungsträger(in)
für Düben a. M. zum 1. Mai gesucht. Aber nur gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei
B. Eibold, in Düben.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
geeignet für alle Arten von Wäsche.
Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert.
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO" (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).
Niemals lose! Nur in Originalpackung! 132

Jugendschriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230414-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle den 14 April 1923.

An die Mitgliedschaft der Ortsgruppe Halle

Die Internationale Konferenz in Frankfurt a. M., die von Vertretern aller Richtungen des internationalen Proletariats beschickt war, hat auf ihrer Tagung am 18. März Stellung genommen zu der drohenden Faszisten- und Kriegsgefahr. Die Gefahr ist riesengroß und fordert die Sammlung des Gesamtproletariats unter dem revolutionären Banner aller klassenbewußt Entschlossenen und Kampfentschlossenen. Vom internationalen Komitee, eine Frucht der Frankfurter Konferenz, ist zur Aufrüttelung der indifferenten Massen in allen europäischen Ländern für den 15. April eine internationale Propaganda-Woche angesetzt worden. Die KPD. ist überzeugt von der Notwendigkeit dieser Maßnahme und stellt ihren gesamten Apparat in den Dienst der Aufklärungsarbeit. Heran an die Massen lautet die Parole für uns zu jeder Zeit! Während der Propaganda-Woche muß jedoch jeder einzelne seinen Eifer verdoppeln, damit der Weg zum Ziel abgekürzt werden kann. Die Ortsgruppe Halle beginnt die Propaganda-Woche mit einer allgemeinen Flugblätterverbreitung in Wohnbezirk und Betrieb. Zu diesem Zwecke treffen sich die Genossen Sonntag vormittag 9 Uhr in den bekannten Lokalen. Wir rechnen bestimmt auf die Beteiligung aller Mitglieder und erwarten von den Distriktsführern bis Dienstag, den 17. April, einen kurzen Bericht über die Anzahl der sich zur Verfügung gestellten Genossen.

Der Vorstand. J. A.: Richter.

Genosse, hast Du Deine Pflicht getan?

An einem einzigen Sonntag haben die Dortmunder Genossen 227 neue Parteimitglieder und 408 neue Zeitungsleser gewonnen. Aus allen Gegenden des Reiches berichten unsere Genossen von einem Anwachsen unserer Parteibewegung. Was in anderen Bezirken möglich ist, ist auch bei uns möglich.

Gewiß sind wir im Bezirk die stärkste Partei. Aber neben uns Kommunisten gibt es noch eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, die parteipolitisch nicht erfaßt sind und die die bürgerliche Presse lesen. Es gibt neben uns eine kleine Zahl Arbeiter, die der Sozialdemokratischen Partei angehören und die die sozialdemokratische Presse lesen. Es gibt die große Schicht der Angestellten und unteren Beamten, die nur vereinzelt erkannt haben, daß nur durch den rücksichtslosesten Klassenkampf ihre Lage gebessert werden kann, die im Gegenteil das Reservoir der Faszisten bilden. Es gibt die Schicht der Arbeitsbauern, die heute immer mehr erkennen, daß der Landbund nicht ihre Interessenvertretung darstellt und nach anderen Wegen suchen.

Das Gebiet der kommunistischen Propaganda ist riesengroß. 17 Millionen proletarische Existenzen, davon 8½ Millionen freigewerkschaftlich organisiert und die Kommunistische Partei zählt noch nicht ½ Million Mitglieder.

Gewiß haben die Wahlen zu den Betriebsräten und den Gewerkschaftsleitungen in unserem Bezirk gezeigt, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft Vertrauen zur Kommunistischen Partei hat. Aber dieses Vertrauen drückt sich nicht organisatorisch in der Mitgliedschaft zur Partei aus.

Am morgigen Sonntag, dem letzten Tag unserer Werbewoche, müssen unsere Genossen nochmals alles daransetzen, um die Zögernden und Zagen aufzurütteln.

Sie müssen den mit uns Sympathisierenden sagen, daß es nicht genügt, aller vier Jahre einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen,

daß es nicht genügt, zu versichern, ich sympathisiere mit Euch Kommunisten und unterstütze Euch,

daß es nicht genügt, nur den „Klassenkampf" zu lesen, sondern daß jeder einzelne mitarbeiten muß an dem Werk der Befreiung der Arbeiterklasse.

Unsere Genossen müssen allen Unzufriedenen sagen, daß von allein nichts kommt daß Jammern und Schimpfen keine Rettung bringt, müssen allen denen, die von der „Demokratie" und dem Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft noch Rettung erhoffen, zeigen, daß dies Unmöglichkeiten sind.

Am morgigen Sonntag heißt es nochmals. Antreten, alle Kräfte anspornen, um dann am Abend sagen zu können: **Ich habe mit meinen schwachen Kräften der Arbeiterklasse und der Revolution gedient.**

Zur Gewerbegerichtswahl

Morgen, Sonntag, den 15. April, vormittags von 8 bis 1 Uhr, findet die Wahl von 15 Arbeitnehmerbeisitzern des Gewerbegerichts Halle statt. Das Gewerbegericht hat in gewerblichen Streitigkeiten zu entscheiden, und von der Zusammensetzung des Gerichts hängt es ab, in welchem Sinne diese Entscheidungen gefällt werden. Das Gewerkschaftskartell Halle und das AfA-Ortskartell haben eine Vorschlagsliste eingereicht, auf der sorgfältig solche Kollegen zusammengestellt wurden, denen das Vertrauen geschenkt werden kann, daß sie die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer, die das Gewerbegericht in Anspruch nehmen müssen, gut vertreten werden. Es gilt nun, dieser Vorschlagsliste zum Siege zu verhelfen, indem die aufgestellten Kandidaten restlos gewählt werden. Das ist nur dann möglich, wenn die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlich zur Wahl gehen und ihre Stimme für **die Liste 1 des Gewerkschaftskartells mit dem Spitzenkandidaten**

Karl Wernicke, Schlosser,

abgeben. Stimmzettel können am Eingang zu den Wahllokalen in Empfang genommen werden.

Wer darf wählen? Wählen darf jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Halle arbeiten oder wohnen; das heißt, auch wer in einem Betrieb außerhalb beschäftigt ist, aber in Halle seine Wohnung hat, darf gleichfalls wählen, desgleichen Arbeitslose und Streikende. Ausländer sind nicht wahlberechtigt.

Wo wird gewählt? Die Wahlen finden in 10 Wahllokalen statt, und zwar in folgenden Schulen: 1. Talamtschule, Drehauptstraße 3; 2. Glauchaschule, Taubenstraße 13; 3. Weingärtenschule, Böllberger Weg 125/128; 4. Johannesschule, Liebenauer Straße 151/152; 5. Lutherschule, Roßbachstraße 70; 6. Torschule, Torstraße 13/14; 7 Martinschule, Charlottenstraße 15; 8. Friesenschule, Friesenstr. 23; 9. Neumarktschule, Hermannstraße 32; 10. Oberrealschule, Staudestraße.

Jeder Wähler wählt in der Schule, die in seinem Wohnbezirk liegt. In Zweifelsfällen wird in allen Schulen Auskunft über das zuständige Wahllokal erteilt. Zulässig ist es auch, in der Schule zu wählen, die im Bezirk der Arbeitsstätte liegt.

Niemand versäume sein Wahlrecht! Das Interesse aller Arbeiter und Arbeiterinnen erfordert es, daß kein Wahlberechtigter von der Wahl fernbleibt. Die Wahlbeteiligung erfordert von dem einzelnen kein Opfer, denn es ist genügend Gelegenheit zum Wählen gegeben, so daß der nötige Zeitaufwand nur gering ist. Die gewerkschaftliche Disziplin verlangt ebenfalls restlose Wahlbeteiligung und Abgabe des Stimmzettels für die Liste 1 des Gewerkschaftskartells, beginnend mit dem Namen Karl Wernicke, Schlosser.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Zeigt auch bei dieser Gelegenheit, daß die freien Gewerkschaften jederzeit ein Massenaufgebot aufmarschieren zu lassen in der Lage sind.

Genossen und Genossinnen, die sich bei der Wahl noch als Stimmzettelverteiler zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich am Sonntagvormittag von 8 Uhr an im Arbeitersekretariat (Hatz 42/44), das während der Wahlzeit geöffnet ist, zu melden. Das Arbeitersekretariat dient als Zentralwahlbureau. Telephonische Anfragen und Meldungen werden unter Nr. 1541 entgegengenommen.

Genossen!
Sammelt eifrig für den
Kampf-Fonds der Partei!
Zur Durchführung unserer Kämpfe brauchen wir
Munition!

Zum Kampf der Bauarbeiter

Mit schärferen Waffen gegen den Feind!

Seit Wochen stehen die Bauarbeiter in einem erbitterten Kampfe mit den Baugewaltigen. Mit grausamer Schwere lastet die Not des täglichen Lebens auf jedem einzelnen; dennoch ist die Kampfront der Bauarbeiter unerschüttert. Brutal lehnten die Unternehmer den gefällten Schiedsspruch ab. Sie pfeifen auf die gesetzlichen Formen. Dieses Vorgehen brachte die streikenden Bauarbeiter zu der Erkenntnis, daß auch sie mit schärferen Waffen gegen den Feind ziehen müssen. Vielleicht hat noch mancher an das „soziale Gefühl" der Bauherren geglaubt. Die brüske Ablehnung des Schiedsspruches aber hat ihn bald eines besseren belehren müssen. Wie wir schon gestern kurz berichteten, demonstrierten am gestrigen Freitagvormittag die Streikenden vor dem Rathaus, um zu bedunden, daß der Kampf schärfere Formen annehmen wird. Es waren keine „jugendlichen Burschen", wie der Spießer von jeher Demonstration immer behauptet, sondern alte, graue Proletarier, mit gefurchter aber eiserner Stirn zogen in geschlossenem Zuge durch die Straßen nach dem Markt. Ein Raunen ging durch die Reihen der Spießer, als der Zug der Hungernden durch die Straßen marschierten. Dienstbeflissen eilten Schupobeamte über den Markt. Er gab aber keine Gelegenheit für sie, ihre besonderen Fähigkeiten zu bewesen. Mit eiserner Disziplin wartete die Menge auf den Bescheid, den die zum Magistrat entsandte Kommission zurückbringen sollte.

Welchen Bescheid erteilte nun das Haupt der Stadt Halle? Bürgermeister Seydel lehnte es einfach ab, für die Hungernden etwas zu unternehmen. Stadtrat Welthusen erklärte sich bereit, mit der Kommission zu verhandeln. Er setzte sich auch telephonisch mit der Regierung in Merseburg in Verbindung. Allein der Bescheid, der von dort kam, war ohne jede Bedeutung. Stadtrat Welthusen versprach jedoch, sofort mit dem Ministerium wegen der Verbindlichkeitserklärung in Verbindung treten zu wollen. Die Kommission hat dem Magistrat folgende Forderungen unterbreitet, für deren Durchführung der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium ersucht wird:

1. **Einsetzung des Magistrats und der städtischen Behörden für die Anerkennung des Schiedsspruches im Baugewerbe.**
2. **Beschaffung von billigen Lebensmitteln für die Streikenden und Arbeitslosen.**
3. **Beschaffung von Notstandsarbeiten.**
4. **Entziehung der Arbeiten, die von der Stadt den hallischen Bauherren übertragen sind und Uebernahme in städtische Regie.**

Diese Forderungen werden auch der am Montag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung übermittelt

So geordnet, wie der Zug zum Markt marschierte, kehrte er wieder zum „Volkspark" zurück, wo der einmütige Wille zur Steigerung des Kampfes zum Ausdruck kam. **Der aufgezwungene Kampf wird von der gesamten Arbeiterschaft in solidarischer Gemeinschaft geführt werden, wenn es die Situation erheischt.**

*

In der am Donnerstag stattgefundenen Versammlung der streikenden Zimmerer erstattete die Streikleitung Bericht über die Stellungnahme der Arbeitgeber zu dem am 7. April gefällten Schiedsspruch. Es wurde bekanntgegeben, daß die Arbeitgeber den Schiedsspruch ohne jede Begründung abgelehnt haben. Somit steht fest, daß die Arbeitgeber für das Baugewerbe mit Hilfe der Industrie- und Kohlenbarone die Bauarbeiterschaft von Halle und mit ihr des ganzen Bezirks durch Hunger zwingen wollen, bedingungslos für einen Sklavenlohn weiter zu arbeiten. Dieser Plan darf nicht Wirklichkeit werden. Die gesamte Arbeiterschaft wird durch ihre finanzielle Unterstützungsaktion dafür sorgen, daß sich die Unternehmer in ihrer Spekulation gründlich getäuscht haben. Von dem Zentralvorstand ist die statutarische Streikunterstützung für die Zimmerer in Halle erhöht worden.

In der Versammlung kam wieder der entschlossene Wille, einmütig im Kampfe auszuharren, zum Ausdruck.

Die nächste Streikversammlung findet am Dienstag, 17. April, vormittags 9 Uhr, statt.

*

Zur Beachtung. Wegen Streikbruchs wurden aus der Organisation der Union der Hand- und Kopfarbeiter ausgeschlossen: Der Bauhilfsarbeiter Albert Rabe, Diemitz, Halische Straße 7 (Buchnummer 3806). Hermann Luckart, Diemitz, Halische Straße 10 (Buchnummer 3808) und Hermann Poll, Trebitz bei Halle (Buchnummer 3826).

Berichtigung. Der Maurer Kurt Ackermann, Halle, Breitestraße 22 (Buchnummer 1967), der im „Klassenkampf" am 10. April aus Versehen als Streikbrecher bezeichnete wurde, ist berechtigt zu arbeiten, da er bereits seit dem 29. März 1728 Mk. pro Stunde bei der Firma Richard Hause verdient. Wir bitten, davon Notiz zu nehmen und ihn in Zukunft nicht mehr zu belästigen, er kommt seinen Verpflichtungen betreffs Abführung von 1000 Mk. pro Tag an die Streikleitung restlos nach.

Die Streikleitung. Union der Hand- und Kopfarbeiter.

*

Achtung, Streikende!

Am Montagnachmittag 3 Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung aller Streikenden statt. Anschließend Demonstration nach dem Marktplatz. Sämtliche Streikenden sind verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen. Wer nicht teilnimmt, geht seiner Streikunterstützung für den Tag verlustig.

Die Streikleitungen des Baugewerbundes, der Zimmerer und der Union.

*

Arbeitslose, heraus zum Protest!

Am Montag, dem 16. April, nachmittags 3 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, eine Arbeitslosenversammlung statt.

Alle Arbeitslosen müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

* **Gewerkschaftsvorstände.** Dienstag, den 17. April, abends 7½ Uhr, Versammlung mit den Betriebsräten. **Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Vollzählig erscheinen! Legitimation mitbringen!**

* **Kartelldelegierte.** Nächste Kartellsitzung Freitag, den 20. April.

* **Betriebsräte, Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierte.** Am Dienstag, dem 17. April, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" eine gemeinschaftliche Versammlung statt, wo über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gesprochen werden soll. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Die Betriebsratsvorsitzenden wollen allen Betriebsratsmitgliedern einen Ausweis als solche ausstellen. Nur gegen diesen Ausweis ist Zutritt gestattet. Die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und Kartelldelegierten legitimieren sich durch ihren üblichen Ausweis.

* **Volkspark.** Heute, Sonnabend, im großen Saal Frühjahrsball. Morgen, Sonntag, findet im großen Saal das Vergnügen der Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel und im kleinen Saal Kränzchen des Sportklubs 1909 statt. — Gleichzeitig wollen wir nicht verfehlen, die Interessenten der Volkskonzerte zu ersuchen, nicht bis zuletzt mit dem Abonnement zu warten, sondern sich rechtzeitig in die ausliegenden Listen einzuzeichnen.

* **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum Mittwoch ist ein Fleischergeschäft in der Dreyhauptstraße von bisher unbekannten Dieben erbrochen und daraus viel Fleisch und insbesondere viel geräucherter Schinken, Speck und Wurstwaren gestohlen worden. — Bei einem hiesigen Handelsmann wurden zehn Paar schwarze Kinderschnürschuhe beschlagnahmt, da anzunehmen ist, daß er sie durch Hehlerei an sich gebracht hat. — In der Nacht zum Donnerstag haben Einbrecher ein Speditions- und Lagerhaus in der Ankerstraße erbrochen und daraus mehrere Kisten und Ballen gestohlen. Die Täter haben augenscheinlich unter Benutzung eines Kahnes von der Saale aus das Grundstück betreten und auf gleiche Weise das gestohlene Gut abtransportiert.

* **Feuer.** Vorgestern wurde die Feuerwehr dreimal alarmiert, und zwar gegen 6 Uhr nachmittags zu einem Schornsteinbrand nach dem Grundstück Wörmlitzer Straße 6a, wenige Minuten später zur Bekämpfung eines Rasenbrandes in den Brandbergen und endlich zu einem Kohlenbrand in der Schmiedestraße 55. Gestern vormittag gegen 10 Uhr entstand auf dem Grundstück Leipziger Straße 19 ein Kohlenbrand, durch den in dem Keller lagerndes Gerümpel in Brand geraten war.

* **Eine Razzia auf der Würfelwiese** wurde gestern nachmittag durch die Polizei unternommen. Hierbei wurden 17 Personen beiderlei Geschlechts zur Polizeiwache gebracht, wovon drei männliche wegen Diebstahls gesucht wurden.

Theater und Konzerte

Freie Volksbühne. Eine Aenderung im Spielplan, die mehrfach geäußerten Wünschen der Mitglieder entsprechen dürfte, muß vorgenommen werden. In Reihe I wird an Stelle des Rosenkavaliers die Oper: „Die Königin von Saba" von Goldmark gegeben. Wildgans „Armut" wird durch das Lustspiel von Wilde 2 × 2 = 5 ersetzt. In Reihe II tritt für C. Hauptmanns „Musik" die Operette: „Nacht in Venedig" von Johann Strauß. Wahlfrei werden im Thaliatheater Strindbergs „Vater" und Wildgans „Armut" aufgeführt werden.

Arbeiter-Bildungsausschuß. Morgen, Sonntag, nachmittag 3 Uhr kommt Verdis Oper: „Der Maskenball" im Stadttheater zur Aufführung. Karten zu 2200, 1600, 1200 und 900 Mk. sind zu haben bei Kutschbach, Große Klausstraße 7.

„Das Thalia-Theater bringt morgen Sonntag Else Eckersberg vom Deutschen Theater in Berlin in „Straßenmädel" als Gast in der Titelrolle. Der Name der berühmten Darstellerin dürfte genügen, um allen Theaterfreunden einen selten genußreichen Abend zu sichern.

Freie Volksbühne. Für das achte Werk der ersten Reihe (Königin von Saba, Oper von Goldmark) werden die Theaterkarten für die Spieltage G bis K vom 16. bis 19. April, für L bis N vom 18. bis 21. April in der Geschäftsstelle ausgegeben. Spieltage: Othello: Montag, den 16. April (C), und Donnerstag (F); Der Sonnenstürmer: Mittwoch (E). Zum Lichtbildervortrage Dr. Gellhorns „Moderne Malerei" am Donnerstagabend 8 Uhr im Thaliatheater, sind Karten in der Geschäftsstelle zu haben.

Stadttheater. Heute, Sonnabend, abend 7½ Uhr gelangt „Der Sonnenstürmer", Dichtung und Musik von Hans Stieber, zur Wiederholung. Am Sonntagabend wird „Der Rosenkavalier" wiederholt.

Arbeiter-Sport

Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Montag, den 16. April, Vorstandssitzung und Technischer Ausschuß im „Volkspark". Da bei verschiedenen Spielen Unfälle vorgekommen sind, werden die dabenden Vereine darauf aufmerksam gemacht, daß zu jedem Spiele Sanitäter anzuordnen sind. Die Anforderungen sind jeden Montag abends von 7 bis 9 Uhr, im „Volkspark" zu stellen. Die Vereine werden weiter ersucht, zu allen Gesellschaftsspielen nur Schiedsrichter von der Geschäftsstelle anzufordern, private Abmachungen sind nicht gestattet. Alle Jugend- und Schülerspiele haben nur eine Spieldauer von einer Stunde. Den Schiedsrichtern dies zur Kenntnis. Vereine, welche größere Fußballwettspiele oder sonstige sportliche Veranstaltungen mit dem Stadion abhalten wollen, müssen sich in der Geschäftsstelle Montags von 7 bis 9 Uhr im „Volkspark" in Verbindung setzen. Um von unseren Spielen die Oeffentlichkeit zu interessieren, werden die Vereine ersucht, jeden Montag die Spielergebnisse uns mitzuteilen. Alle Verschiebungen über Spielbereichtigung usw. sind nur schriftlich anzubringen. In letzter Zeit sind verschiedene Vereine ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. In erster Linie werden die Vereinsleitungen für alles verantwortlich gemacht. Bei allen Spielen, als Fußball-Gesellschaftsspiel, muß der Spielleiter gemeldet sein. Alle Vereinsvorfälle müssen für geregelte Verhältnisse Sorge tragen. Wo Unklarheit besteht, müssen Erkundigungen eingezogen werden. Auskunft jeden Montag von 7 bis 9 Uhr in der Geschäftsstelle im „Volkspark". Freitag, den 20. April, abends ½8 Uhr, im „Volkspark". Schiedsrichter-Vollsitzung. Erscheinen aller Schiedsrichter ist Pflicht. **Die Geschäftsleitung. Otto Eurich.**

Ersterkartell Halle. Dienstag, den 17. April, abends ½8 Uhr, Vollsitzung in der „Goldenen Kette" am Alten Markt. Die Erscheinen aller Delegierten und Vereinsvorstände ist dringend erforderlich, da wichtige Tagesordnung. (u. a. Stadion-Frage) zu erledigen ist. **Der Vorstand. J. A.: Geißler, Eurich.**

Arbeiter-Sportverein Kröllwitz. Die erste Mannschaft des Sportvereins fährt Sonntag nach Burg bei Magdeburg und spielt dort gegen den Bezirksmeister Freie Turner Burg 1. Abfahrt 6.20 Uhr. Treffpunkt 6.15 Uhr am Hauptbahnhof. Die Sondermannschaft reist nach Wolfen zum Propagandaspiel. Treffpunkt 10.30 Uhr am Hauptbahnhof. ASK. 3 — Eintracht Gröbers 3. um 2 Uhr auf den Brandbergen. Sonnabend treffen sich alle drei Mannschaften im Vereinslokal, um zur Fahrt nach Leipzig Stellung zu nehmen.

Turn- und Sportverein Zichte (Fußballabteilung). Sonntag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr, spielt Zichte 2. — Minerva 2. auf dem Minervaübungsplatz. Treffpunkt 2 Uhr am Kinderplatz. Zichte stellt Krauser, Schubert, Wagner, Beyer, Laue, Schmidt, Otto, Peyer, Kaiser, Wietig, Schwenk. Sonntag, den 22. April, 1. trifft sich Sonntag, morgens ½8 Uhr, zur Platzarbeit und Training. Sportkleidung mitbringen.

Lettin. Am Sonntag, dem 15 April spielt 1. auf den Brandbergen Lettins 1., 2. und 3. Mannschaft den Bezirksmeister des vierten Bezirks. Freie Turner Ascherslebens, Gegenbesuch. Alles Aktivsportlern ist wieder einmal Gelegenheit geboten, auswärtige Spielstärke kennen zu lernen. Lettin wird alles aufbieten, um gegen den Bezirksmeister Aschersleben ehrenvoll abzuschneiden. Die Spiele beginnen um ½4 Uhr. — **Spielergebnisse am vergangenen Sonntag:** Lettin 2. schlug Dölau 2. 1. 11:0. Lettin 3.—Radewell 2 : 5.

MGV. Dölau II. Am Sonntag, dem 15. April, spielt unsere erste Mannschaft gegen MSV. Teutha 1. (Hauptverein) um 3 Uhr auf der Peißnitz im Freundschaftsspiel. Gemeinsame Abfahrt ½3 Uhr vom Sportgrundstück Emil Daum.

Kraft- und Artistenklub Atlas. Es wird nochmals auf die am Sonntag, dem 15. April, vormittags ½11 Uhr, im „Walhalla" stattfindende große Sport-Matinee hingewiesen. Es findet ein Herausforderungskampf Atlas 1. — Germania-Jellenfelsen 1. statt. Beide Vereine haben hier zugesagt in erster Stärke. Es kämpfen Max Haller (Atlas) — Willi Becker (Jellenfels) — Franz Moebus (Atlas) — Emil Kleine (Jellenfels) — Paul Gotsch (Atlas) — Walter Meese (Jellenfels), Karl Winkler (Atlas) — Paul Kuhlenkampff (Albert Eigner (Atlas) — Karl Braune (Jellenfels), Franz Furmaniak (Atlas) — Otto Reisel (Jellenfels). **Box-Kämpfe** „International — Stepried, Halle — Gera. Bei den Boxkämpfen wirken mit die bekannten Boxer Kaumann, Lehmann, Sandet, Hinne und noch andere. Weiter spielen mit Kabarett von Arbeiter-Radfahrer-Verein Solidarität und Artisten von Germania-Jellenfels.

Athletes von 1906 und Kraft-Sportklub Siegfried, Mücheln, haben sich am Sonntag, dem 15. April, in Mücheln (Schützenhaus) in einem Freundschaftskampfe gegenüber. Die erste Mannschaft von Athletes tritt folgendermaßen an: Fritz Seelmann (leichtes Federgewicht), Otto Jüngst (Federgewicht), Fritz Bollar (Leichtgewicht); Hermann Christian (leichtes Mittelgewicht); Robert Schön (Schwermittelgewicht); Karl Blöschke (Schwergewicht). Als Kampfrichter fungiert Kollege Richard Seibert. Treffpunkt 1.45 Uhr am Bahnhof, Abfahrt 2.14 Uhr.

Verantwortlich: Willi Eildermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Gummi-Bieber, Mäntel — Schläuche, nur Gr. Steinstraße 30.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230414-10/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Ein Schmerzensruf des Arbeiters

(Von einem Hamborner Kumpel.)

Was tut man mit uns, den Armen!
Man lägt uns verelenden, darben,
An Leib und Seele erkalten —
So tat man's auch mit den Alten.

Es wird immer schlimmer und schlimmer,
Wir werden dünner und dünner.
Gedeih'n tut von unserem Schweiß
Das Kapitalistengeschmeiß.

Zerreißen soll man die Großen,
Die Geldsackherren, die losen,
Das wir auch mal was haben,
Von unserer Arbeit uns laben.

Doch einmal muß sich das ändern
Es kann so weiter nicht geh'n.
Rafft auf Euch in allen Länder
Zum roten Aufersteh'n!

W. R.

Liquidatoren des historischen Materialismus

Von Heinrich Eildermann (Bremen)

In seinem Artikel „Liquidatoren des historischen Materialismus" („Internationale", Heft 24, Jahrgang 4) nimmt Rudolf Franz den „theoretischen Marxismus" der „Historiker Kautsky und Cunow", so eifrig gegen die Kommunisten, die ihren Kommunismus nur aus der „taktischen Literatur" geschöpft haben, in Schutz, daß der Eindruck erweckt wird, als gäbe es zwei Arten von Kommunismus oder Marxismus. Eine Trennung von theoretischem Marxismus und Tagespolitik, wie Genosse Franz sie hier vorzunehmen beliebt, ist natürlich unzulässig, und selbst Kautsky wird seine gegen die „Diktatur des Proletariats" und die Sowjetmacht gerichteten Broschüren sicher als geschichtstheoretische Leistungen ersten Ranges betrachten und sich verbitten, wenn jemand ihnen den theoretischen Marxismus aberkennen wollte. Wie wenig Theorie und Praxis zu trennen sind, ergibt sich schon daraus, daß im Zusammenstoß der kämpfenden Klassen sich die bürgerlich-demokratischen Theorien der Kautsky und Cunow als das entpuppt haben, was sie waren, als revolutionsfeindlich, reaktionär. Stempelt Kautsky in der Broschüre „Terrorismus und Kommunismus" die Affen zu Ehren des Ideals der Friedfertigkeit und des Altruismus, an denen sich die Bolschewiki ein Beispiel nehmen sollten, so ist ihm auch in seiner 1906 erschienenen Schrift „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung", also einem Werke des „theoretischen Marxismus" im Sinne von Rudolf Franz, das Tierreich das Reich des Absoluten, des absolut Sittlichen zumal, und der „soziale Trieb" einer der natürlichen Triebe, ein Produkt der Tierwelt, zugleich das unveränderlich Gute, was der Mensch in sich trägt. „Diese sozialen Triebe sind aber nichts anderes, als die erhabensten Tugenden, ihr Inbegriff das Sittengesetz" (Ethik, Seite 62). „Was einem Kant noch als Produkt einer höheren Geisterwelt erschien (das Sittengesetz, E.), ist ein Produkt der Tierwelt" (Ethik, S. 65). „Als absolute Unsittlichkeit kann man nur das Fehlen der sozialen Triebe und Tugenden ansehen, die der Mensch von den sozialen Tieren übernommen hat." (Ethik, Seite 184).

Was also den „letzten Erklärungsgrund aller Dinge" betrifft, so ist Kautsky in der taktischen Literatur sowohl als in seinen hochtheoretischen Schriften der gleiche unverbesserliche „Natur"-Ideologe, das heißt Pazifist. Allerdings wird niemand bezweifeln, daß sowohl Kautsky wie Cunow trotz der Belastung mit dieser theoretischen Fehlerquelle auch als Historiker noch Gutes zu leisten vermochten, ebenso gut wie auch bürgerliche Schriftsteller Hervorragendes an Verarbeit für die Theorien von Marx und Engels geleistet haben.

In bezug auf die wissenschaftliche Methode, die ihren Ausgangspunkt in der Untersuchung der Klassengegensätze erblicken muß und ihre Kraft aus dem Tageskampfe schöpft, darf es also keinen Unterschied zwischen Werken der marxistischen Theorie und der revolutionären Praxis geben, und wir haben das Recht und die Pflicht, die Dienstfertigkeit aller Theorie an den revolutionären Gegenwartskämpfen zu erproben.

Da können wir nun beobachten, daß die pazifistischen Naturtheorien sowohl bei Kautsky wie bei Cunow gerade auf den der Gegenwartspolitik entfernter liegenden und scheinbar unpolitischen Gebieten der geschichtlichen Vergangenheit eine noch unbestrittene Herrschaft führen.

Bei Cunow wie bei Kautsky z. B. verlieren sich angesichts des Ur- und Naturvölkerkreises alle gesellschaftlichen Gegensätze. Sie blicken dort in ein pazifistisches Paradies, ohne Sünde, voller Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Siehe Kautsky, vor allem „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung" und Cunow, der „Ursprung der Religion", sowie seine Schriften über die primitiven Verwandtschaftsorganisationen, ferner die „Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie". Genosse Franz rechnet anscheinend alle diese Werke ebensowenig wie die „Unmenge taktischer Literatur" zur „Historie".

Durch meine Arbeit, „Urkommunismus und Urreligion" suchte ich der Herrschaft dieser demokratischen Naturtheorien einen Stoß zu versetzen, indem ich dieselben auf ihren politischen Kern zurückführte und ihren Ursprung aus dem sozialen Gegensatz nachwies. An dem Genossen Franz scheint dieser Stoß leider gänzlich vorbeigegangen zu sein.

Wer auf die sogenannte Tagespolitik verächtlich herabsieht wie Genosse Franz, der sollte wissen, daß in ihr wenigstens nicht so leicht Fehler grundsätzlicher Art, Fehler der allgemeinen Methode, gemacht werden, da der Tagespolitiker, der seinem Gegner Auge in Auge gegenübersteht, dessen Bewegungen genau verfolgen und seine eigene Kampfesweise der des Gegners entgegensetzen kann. Er wird dabei, wenn er kommunistische Politik treibt, die gesellschaftlichen Gegensätze herauskehren. Diese konkrete dialektische Einstellung verläßt aber, wie gesagt, Historiker wie Kautsky und Cunow mit oder ohne Absicht, wenn sie aus der politischen Gegenwart in die für sie unpolitische ferne Vergangenheit schweifen, also ein Feld, auf dem vor ihnen nur bürgerliche Schriftsteller gearbeitet haben. Doch auch da, wo sie Elemente des sozialen „Ueberbaues" behandeln, wie Staat, Sitte, Religion, Kunst, Wissenschaft, machen sie Konzessionen an die bürgerliche Auffassung. Ergötzlich wirkt es, wie Heinrich Cunow in seinem Werke „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie" Karl Marx den Vorwurf macht, daß er den Staat so politisch auffaße und nicht rein sozialogisch (unpolitisch) und ihn mit seinem Haß verfolge. Der Soziologe müsse „unbekümmert um Parteiwünsche und -hoffnungen" seine „Fragen an die Vergangenheit richten. (Bd. 1, S. 308). Marx dagegen betrachte den Staat „vorwiegend politisch, nicht vom Standpunkte des Soziologen". Wie unpassend das sei, könne man heute ermessen, wo der frühere Obrigkeitsstaat sich zum Verwaltungsstaat umgewandelt habe (also zum unpolitischen Staate!).

Einer ähnlichen Ansicht wie Cunow ist auch Genosse Franz. Nach seiner Meinung ist die reine Wissenschaft des „theoretischen Marxismus", der sich über die „Tagespolitik" (eigentlich müßte es heißen Politik überhaupt!) erhebende Marxismus, heute rar geworden. Darum sieht er sich genötigt, eine Darstellung Kautskys über den historischen Materialismus aus dem Jahre 1896 hervorzuholen, die er restlos unterschreibt, und ausführlich zitiert in der Absicht, gewisse Irrtümer zu „totzukriegen", daß es wieder „ein paar Jahrzehnte lang" vorhält. Dann sagt er:

„Das Resultat, zu dem wir gelangen, gipfelt in der Feststellung: der wesentliche Unterschied der marxistisch-materialistischen Methode von der ideologischen oder psychologischen ist der, daß jene die treibenden Kräfte in der Entwicklung der Gesellschaft erforscht — die sich erklären lassen — während die ideologische Methode es mit den im großen und ganzen seit Menschengedenken unveränderten psychologischen Vorgängen zu tun hat —, die sich heute wenigstens noch nicht erklären lassen, und deren Erklärung an sich eine Frage der Naturwissenschaft wäre und nur insofern eine solche des historischen Materialismus, als etwaige Veränderungen festgestellt werden könnten, die dann eben wiederum nur durch die materialistische Geschichtsauffassung zureichend erklärt werden könnten."

Da sich nun die psychologischen Vorgänge angeblich seit Menschengedenken nicht verändert haben, so ist nicht einzusehen, warum sie sich in Zukunft noch verändern sollten. Bei dem Kautsky, Cunow und Franz wenigstens wird stets ein unveränderter Kern bleiben, unverändert und unerklärbar wie — der liebe Gott selbst. Sehen wir uns die übersinnliche Welt des Genossen Franz näher an:

„Während die ökonomische Entwicklung keinen Stillstand kennt", erklärt Kautsky, „hat das menschliche Bewußtsein das Bestreben, in den einmal gewonnenen Denkformen zu verbleiben . . ." Und nicht nur das menschliche Bewußtsein, überhaupt „Natur und Menschen", der „menschliche Organismus", die „Außenwelt", „Sitte, Religion, Kunst, Wissenschaft", alles hat das Bestreben, unverändert zu bleiben, nur die ökonomischen Verhältnisse sind das „einzig variable Element".

Was bleibt denn aber übrig, wenn man all das abzieht, das Unveränderte, Unveränderliche? frage ich. Nichts als eine abstrakte, d. h. unpolitische ökonomische Bewegung, wie sie im Kopfe der Kautsky, Franz usw. vor sich geht. Wer all das Genannte als unveränderlich oder fast unveränderlich bezeichnet, der stellt sich damit auf den Boden der Klasse, die ein Interesse daran und den Willen dazu hat, Natur und Menschen, Sitte, Religion, Kunst, Wissenschaft unverändert zu lassen, nämlich der herrschenden Klasse. Nennt doch Kautsky selbst den „psychologischen Faktor" ein „im wesentlichen konservatives Element". Aber auch der „ideologische" Faktor erscheint bei Kautsky gleich konservativ. In der Unterscheidung des natürlichen vom psychologischen Faktor spricht sich die doppelte Taktik der herrschenden Klasse aus, die sie gegenüber der beherrschten Klasse anwendet. Erstlich: so weit sie die geistige Arbeit einzig für sich in Anspruch nimmt, und von der körperlichen, die sie der Arbeiterklasse zuschanzt, trennt, stempelt sie die körperliche zur unpolitischen Arbeit des unterdrückten Teiles der Gesellschaft. Dieser Taktik der Gewalt steht eine andere gegenüber oder vielmehr geht Hand in Hand mit ihr, die sich die listige und heuchlerische Verbrüderung mit der Arbeiterklasse auf dem Boden der Arbeits- und Kampfgemeinschaft angelegen sein läßt. Die Kampfgemeinschaft richtet sich teils angeblich, teils faktisch gegen die feudale, konservative Gesellschaftsschicht; die Arbeitsgemeinschaft der Bourgeoisie mit der Arbeiterschaft dagegen schlägt stets zum Schaden der letzteren aus. Das Proletariat, das auf die Losung der „Gleichheit" und „Brüderlichkeit" auf der Basis der unpolitischen, aber naturbedingten Produktionsweise hereinfällt, entmannt sich selbst und liefert sich damit den Besitzern der sogenannten Natur, des Grund und Bodens wie überhaupt aller Produktionsmittel aus. In diesem Sinne sagt auch Karl Marx in den „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei": „. . . aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein anderes Eigentum besitzt, als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der anderen Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben." (Schluß folgt.)

Die Lehre des Reichen

Wir geben hier eine köstliche Probe aus der im Heimat- und Weltverlag Dill & Co., Stuttgart, Pfitzerstraße 5, erschienenen Sammlung „Deutsche Schwänke". Albert Wesselski hat hier ohne Brüderie ausgewählt aus den alten deutschen Schwank- und Novellenbüchern des 16. Jahrhunderts von Paulli, Tünger, Wickram, Frey, Lindener, Kirchhoh, Mislander u. a. Für Kargler und „sittlich Entrüsteter", die sich immer wieder mal bemerkbar machen wollen, sind diese urbrülligen Schwänke und Schnurren natürlich nicht, denn die damalige Zeit war robuster und liebte eine kräftige, gewürzte Kost. 13 alte Holzschnitte zieren das kulturgeschichtlich interessante Büchlein. D. R.

Zwei gute Gesellen zogen miteinander in den Krieg; und wie es sich denn oft begibt, daß die Fähnlein, wenn man gemustert hat und die Knechte geschworen haben, verschickt werden, eines hierher, das andere dorthin, also kamen auch diese zwei Gesellen voneinander, daß sie lange nicht zusammenkamen, bis eine Schlacht geschah und die Haufen beurlaubt wurden.

Im Heimziehen aber kamen sie auf der Straße von ungefähr wieder zusammen und reisten also einen Tag oder zwei miteinander; da begaben sich viele Reden zwischen ihnen, wie es jedem ergangen war. Es war aber der eine sehr reich geworden und hatte viel Geld und Kleinode überkommen; der andere hatte gar nichts. Deshalb spottete der Reiche seiner und sprach: „Wie hast Du doch getan, daß Du so gar nichts überkommen hast?" Der Arme antwortete und sprach: „Ich habe mich mit meiner Besoldung behalten, habe nicht geplündert und auch nicht den armen Bauern das ihre genommen; sie haben mich zu übel gedauert." Der andere sprach: „So höre ich wohl. Du bist einer von den Kriegern, denen Johannes in der Wüste predigte, sie sollen es sich an ihrem Solde genügen lassen." Der Arme antwortete: „Ja, ich meinte, das wäre nicht übel getan." Der andere sprach: „Ich nein, mein lieber Bruder, diese Zeit ist nicht mehr; es geht jetzt anders zu. Wenn Du barmherzig sein willst nuh nicht zugreifen, überkommst Du Dein Lebtag nichts; Du mußt tun, wie ich getan habe. Ich habe nicht gesäumt mit Kistenfegen und anderen Ränken; Du mußt es nehmen, wo Du es findest, und Dir niemand zu lieb sein lassen." Der Arme dachte über diese Rede nach.

Es begab sich, daß sie zur Nacht in eine Kammer schlafen gewiesen wurden, und der Arme hatte Acht, wo der Reiche seinen Säckel und seine Kleinode hinlegte; und um Mitternacht stand er in aller Stille auf, packte aus des Reichen Tasche ein golden Kettlein und etwa für zehn Gulden Münz und machte sich damit vor Tag davon. Als es aber Tag ward, erwachte der Gesell und fand seinen Bruder nicht, dachte gleich, es werde nicht recht zugehen, griff um seinen Beutel und lugte; da mangelete er der Kette und des Geldes. Darum eilte er stracks seinem Gesellen nach. Er ergriff um seinen Beutel und lugte; da mangelete er der Kette und

Und als ein ehrsamer Rat den Gefangenen zur Rede stellte, warum er denn die Kette und das Geld entrugen habe, gab er zur Antwort: „Er hat es mich geheißen." Der andere verneinte und sagte, er habe es ihn nicht geheißen; er bestand aber darauf, er habe es ihn geheißen. Nun begehrten die Herren von dem Armen einen rechten Bericht, wie er es ihm geheißen habe. Da erzählte der Arme, wie er ihm eine Lehre gegeben habe, er solle tun, wie er selber getan habe, und er solle mit niemand Barmherzigkeit haben, sondern solle nehmen, wo er es finde; er habe denn so getan, hätte es aber nirgends besser und häher bekommen können, als bei seinem Gesellen, der bei ihm in der Kammer gelegen sei.

Also ertannten die Herren, er solle ihm die Kette wiedergeben, aber das Geld behalten, damit er Zehrung habe auf seinem Heimweg, und der andere soll keinen mehr also lehren, reich zu werden.

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

37] Von Charles de Coster

Ulenspiegel blieb stehen:

„Nele", sprach er, „ist es wahr, daß mein Vater Klas im Gefängnis ist?"

„Ja", antwortete Nele, „und Soetkin weint auf der Schwelle."

Da schwoll das Herz des verlorenen Sohnes vor Leid und er sprach zu Nele:

„Ich will sie besuchen."

„Nicht das sollst Du tun, sondern vielmehr Klas gehorchen, der mir, ehe sie ihn angriffen, gesagt hat: „Kette die Karolus, sie sind hinter der Rückwand des Rauchfangs." Die müssen zuerst gerettet werden, denn sie sind Soetkins, des armen Weibes Erbe."

Ulenspiegel hörte nichts und lief zum Gefängnis. Allda sah er Soetkin auf der Schwelle sitzen; sie umfing ihn mit Tränen und sie weinten mitsammen.

Und da das Volk sich ihretwegen in Haufen um das Gefängnis scharte, kamen Büttel und geboten Ulenspiegel und Soetkin, sich ehestens fortzuscheren.

Mutter und Sohn gingen in Neles Hütte, die ihrem Hause benachbart war. Vor diesem sahen sie einen der Landsknechte, die von Brügge entboten waren, aus Furcht vor Unruhen, die während des Gerichts und der Hinrichtung entstehen mochten. Denn die Leute von Damme liebten Klas sehr.

Der Soldat saß auf dem Pflaster vor der Tür und war geschäftig, den letzten Tropfen Branntwein aus einer Flasche zu saugen. Da er nichts mehr darin fand, warf er sie einige Schritte weit, zog sein kurzes Schwert und ergötzte sich damit, die Pflastersteine auszugraben.

Soetkin trat bitterlich weinend bei Katheline ein. Und Katheline schüttelte den Kopf und sagte: „Das Feuer! Bohrt ein Loch, die Seele will hinaus."

71

Die Sturmglocke rief die Richter zum Tribunal. Sie vereinigten sich um vier Uhr in der „Vierschare" um die Gerichtslinde.

Klas ward vor sie gebracht und sah den Amtmann von Damme unter dem Baldachin sitzen und ihm zur Seiten und gegenüber den Bürgermeister, die Schöffen und die Gerichtsschreiber.

Das Volk kam beim Klange der Glocke in Haufen herbei und sprach:

„Viele unter den Richtern sind nicht da, um Recht zu sprechen, sondern dem Kaiser Frondienste zu leisten."

Der Gerichtsschreiber machte bekannt, daß der Gerichtshof, nachdem er sich zuvor in der Vierschare um die Linde versammelt, Anlaß gefunden habe, in Ansehung und Anhörung der Anzeigen und Aussagen, Klas den Kohlenträger, aus Damme gebürtig, Ehemann von Soetkin, Joostens Tochter, gefänglich einzuziehen. Nunmehr würden sie zum Verhör der Zeugen schreiten.

Hans Barbier, Klasens Nachbar, ward zuerst vernommen. Nachdem er den Eid geleistet hatte, sagte er aus:

„Beim Heil meiner Seele versichere und bezeuge ich, daß Klas, der hier vor Gericht steht, mir seit nahezu siebenzehn Jahren bekannt ist, allezeit rechtschaffen und nach den Gesetzen unserer heiligen Mutter Kirche gelebt, niemals schimpflich von ihr geredet, auch meines Wissens nie einen Ketzer beherbergt, noch das Buch Luthers verborgen, noch von besagtem Buche geredet, oder irgend etwas getan hat, was ihn in Verdacht bringen könnte; gegen die Gesetze und Verordnungen des Reiches gefehlt zu haben. So helfe mir Gott und alle seine Heiligen."

Alsdann ward Jan van Roosebeke verhört. Er sagte aus, daß er bei Abwesenheit von Soetkin, Klasens Weib, oftmals die Stimme zweier Männer im Hause des Angeklagten zu vernehmen vermeint habe. Oftmals am Abend nach der Feierstunde habe er in einer kleinen Dachstube ein Licht und zwei Männer, deren einer Klas war, vertraulich mitsammen reden sehen. Ob der andere Mann ein Ketzer war oder nicht, vermöchte er nicht zu sagen, denn er hätte ihn nur von ferne gesehen. „Was Klas angeht", fügte er hinzu, „so sage ich aus und spreche die volle Wahrheit, daß er, so lange ich ihn kenne, um die Osterzeit regelmäßig beichtete, an den hohen Festen kommunizierte, alle Sonntag zur Messe ging, ausgenommen den Sonntag des Heiligen Blutes und die folgenden. Und mehr weiß ich nicht. So helfe mir Gott und alle seine Heiligen."

Befragt, ob er nicht gesehen hätte, wie Klas in der Schenke „Zum blauen Turm" Ablaß verkauft und über das Fegefeuer gespottet hätte, erwiderte Jan van Roosebeke, daß Klas allerdings Ablaß verkauft hätte, doch ohne Verachtung und Spott. Er, Jan van Roosebeke hätte welchen gekauft, und also habe auch Jobst Griepenstüner, der Aelteste der Fischergilde, tun wollen, der dort in der Menge sei.

Darauf sagte der Amtmann, er wolle die Taten und Handlungen, um derentwillen Klas vor dem Gerichtshof der Vierschare geführt sei, bekanntgeben.

„Der Angeber", sagte er, „war von ohngefähr in Damme geblieben, um nicht in Brügge sein Geld für Schlemmerei und Prasserei auszugeben, wie das allzu oft bei diesen heiligen Anlässen geschieht; er stand auf seiner Türschwelle und schöpfte Luft. Da erblickte er einen Mann, der in der Reiherstraße ging. Da Klas diesen Mann bemerkte, ging er auf ihn zu und begrüßte ihn. Der Mann war in schwarzes Tuch gekleidet. Er trat bei Klas ein, und die Tür der Hütte blieb halb geöffnet. Neugierig zu wissen, wer dieser Mann wäre, trat der Angeber in den Hausflur und hörte Klas in der Küche mit dem Fremden von einem gewissen Jobst, seinem Bruder, sprechen, der unter den Truppen der Reformierten gefangengenommen und für diese Tat unweit von Aachen lebendig gerädert worden sei. Der Fremde sagte zu Klas, das Geld, so er von seinem Bruder empfahen, sei dem armen, unwissenden Volk abgenommen und er solle es dazu verwenden, seinen Sohn in der reformierten Religion zu erziehen. Desgleichen hat er Klas aufgefordert, den Schoß Unserer Heiligen Mutter Kirche zu verlassen und andere gottlose Worte gesprochen, auf welche Klas nur erwiderte: „Grausame Henker! Mein armer Bruder!" Und also lästerte der Angeklagte Unsern Heiligen Vater, den Papst und Seine Königliche Majestät, indem er sie der Grausamkeit beschuldigte, weil sie die Ketzerei zu Recht als Verbrechen an göttlicher und irdischer Majestät bestraften. Als der Mann mit essen fertig war, hörte der Angeber Klas ausrufen: „Armer Jobst, den Gott in seine Herrlichkeit aufnehme, sie waren grausam gegen Dich!" Und so klagte er Gott selber der Gottlosigkeit an, da er annahm, daß er Ketzer in seinem Himmel aufnehmen könne. Und Klas ließ nicht nach, zu sagen: „Mein armer Bruder." Darob geriet der Fremde in Wut wie ein Ketzerlehrer bei seiner Predigt und schrie: „Sie wird stürzen, die große Babel, die römische Hure, und sie wird die Behausung von Teufeln und der Schlupfwinkel jedes Galgenvogels werden!" Klas sagte: „Grausame Henker! Mein armer Bruder!" Der Fremde redete weiter und sagte: „Denn der Engel wird den Stein nehmen, groß wie ein Mühlstein, und wird ihn ins Meer werfen und sagen: „Also wird die große Babel verworfen und nicht mehr gefunden werden." „Herr", sprach Klas, „Euer Mund ist voll Zornes; aber saget mir, wann wird das Reich kommen, wo die Sanftmütigen in Frieden auf Erden leben können?" / „Nimmer!" antwortete der Fremde, „solange der Antichrist herrschen wird, welcher ist der Papst und Widersacher aller Wahrheit!" / „Sch", sprach Klas, „Ihr redet ohne Ehrfurcht von Unserm Heiligen Vater. Gewißlich weiß er nichts von den grausamen Todesstrafen, mit denen man die armen Reformierten straft."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230414-10/fragment/page=0006